

KAIROS EUROPA



Verfehlte Buße

**Stimmen aus der Ökumene
zum Verhältnis
Deutschland – Palästina/Israel**

Kairos Europa e.V. im WeltHaus Heidelberg

Willy-Brandt-Platz 5
D-69115 Heidelberg

Fon: + 49 (0)6221 4333622
Fax: + 49 (0)6221 4333629

info@kairoseuropa.de
www.kairoseuropa.de

Inhaltsverzeichnis

▲ Ulrich Duchrow, Giselher Hickel & Martin Gück	Vorwort & Einleitung	1
Zusammenfassende Wiedergabe folgender Aufsätze:		
▲ Munther Isaac	Luther, Juden und Palästina	3
▲ Charles Amjad-Ali	Von der Judenfrage zur palästinensischen Diaspora	6
▲ Marc Ellis	Bußfertige Ermächtigung: Deutsche Christen, der Holocaust und die Wiederkehr deutscher Macht. Überlegungen im Rahmen jüdischer Befreiungstheologie	8
▲ Brigitte Kahl	Juden, Muslime und Palästinenser	13
▲ Shir Hever	Was bedeuten die ökonomischen Beziehungen zwischen Europa und Israel für die Besatzung?	17
▲ Anhang:		
	› Wichtige Geschichtsdaten zum Konflikt Palästina-Israel	19
	› Zentrale Daten zur Beziehung BRD-Israel	23
	› Kurze Einführung zum christlich-jüdischen Dialog	25
	› Nationale Koalition christlicher Organisationen in Palästina: Offener Brief an den Weltrat der Kirchen und an die ökumenische Bewegung	28
	› Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen: Bericht des Ausschusses für Öffentliches Zeugnis und Beschluss 55 der 26. Generalversammlung	32

Preis: 4,00 €

Impressum:

Verfehlte Buße. Stimmen aus der Ökumene
zum Verhältnis Deutschland – Palästina/Israel

Heidelberg, Juni 2018

Layout: Ellen Müller/Druck: Druckerei Maulbetsch GmbH · 74939 Zuzenhausen

Bestelladresse:

Kairos Europa e.V.
Willy-Brandt-Platz 5
D-69115 Heidelberg
Fon: + 49 (0)6221 4333622
Fax: + 49 (0)6221 4333629
info@kairoseuropa.de
www.kairoseuropa.de

Vorwort & Einleitung

„Als Christen haben wir die Pflicht, an der Seite der Unterdrückten, der Geknechteten, der Armen, der mit Vorurteilen Belasteten und ungerecht Behandelten zu stehen – immer! Neutralität darf keine Option sein, denn sie begünstigt immer die Unterdrücker. Immer.“ Mit diesen Worten wandte sich der Friedensnobelpreisträger und Erzbischof Emeritus von Kapstadt, Dr. Desmond Tutu, im Jahr 2015 in einem Offenen Brief¹ an den Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT). Tutu ging es mit dieser – auch international viel beachteten – Wortmeldung zum einen darum, dem DEKT wie auch den Christinnen und Christen in Deutschland insgesamt seine tiefe Besorgnis über Israels schleichende Annexion palästinensischen Gebietes und die damit einhergehenden, andauernden Verletzungen des Menschen- und Völkerrechts zum Ausdruck zu bringen. Zum anderen nahm er den Brief aber auch zum Anlass, einmal mehr unmissverständlich die ambivalente Haltung der deutschen Kirchen gegenüber der Entrechtung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu beklagen: *„Unsere christlichen Schwestern und Brüder im Heiligen Land haben nichts von ausgewogenen Synodenerklärungen, die in gleicher Weise Sympathie mit dem Unterdrücker und den Unterdrückten zum Ausdruck bringen. Sie erwarten von uns alle erdenkliche Hilfe, ihre kollektive Freiheit zurückzugewinnen.“*

Die besondere Verantwortung Deutschlands wie auch der deutschen Kirchen im Blick auf Palästina und Israel begründete Tutu damit, dass Südafrikaner wie Deutsche aus ihrer Geschichte *„besser als die meisten anderen [wissen], welchen Schaden die Urheber von Ungerechtigkeit und Hass sich selbst zufügen. Diejenigen, die die Macht haben, unmenschliche Akte zu begehen, beschädigen zutiefst ihre eigene Menschlichkeit. Mit dieser ganz eigenen Erfahrung im Blick auf Menschenrechte und Gerechtigkeit – das ist meine Überzeugung – haben unsere Länder eine besondere Verantwortung, zu einem dauerhaften Frieden und zur Stabilität im*

Heiligen Land beizutragen.“ Abschließend appelliert Tutu deshalb an die Adressaten seines Briefes: *„Bitte schließt euch der ökumenischen Kairos-Bewegung an und fordert öffentlich und solidarisch Freiheit für Palästina, damit auch Israel frei sein kann.“*

Kairos Europa war von Beginn an Teil dieser internationalen ökumenischen Bewegung und gründete in Reaktion auf die Veröffentlichung des Kairos Palästina-Dokuments² unter seinem Dach das deutsche „Kairos Palästina-Solidaritätsnetz“, das als ein Zusammenschluss von RepräsentantInnen lokaler und bundesweiter Initiativen, Organisationen und Netzwerke gemäß der Bitte palästinensischer Kirchen seit 2012 darum bemüht ist, das Unrecht der Besatzung Palästinas durch Israel gegenüber den Kirchen in der Bundesrepublik anzusprechen und gemeinsam nach Wegen zu dessen Überwindung zu suchen.

In diesem Zusammenhang regte der „Theologische Ausschuss“ des Netzes an, Stimmen aus der weltweiten Ökumene Gehör zu verschaffen, die sich im 7. Band des internationalen Projektes „Die Reformation radikalisierten – provoziert durch Bibel und Krise“³ ausdrücklich mit der Rolle und Mitverantwortung der Deutschen an dem, was in Palästina und zwischen Palästina und Israel geschah und noch geschieht, auseinandersetzen. Wir haben für diese Broschüre vier theologische Aufsätze und eine den sozio-ökonomischen Kontext erläuternde Abfassung ausgewählt, die sich insbesondere dem Thema Buße für historische Schuld zuwenden. Und hier werden wir als Deutsche zuallererst gefragt: Welche Konsequenzen habt ihr aus eurer Vergangenheit gezogen? Wie sieht eure Buße für

¹ Der Offene Brief findet sich unter <http://kairoseuropa.de/kairos-palaestina-solidaritaetsnetz/>.

² Das Kairos Palästina-Dokument „Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“ wurde im Jahr 2009 von palästinensischen Christinnen und Christen aller Konfessionen verfasst (http://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2015/09/Kairos-Palestine_German.pdf).

³ Informationen zu diesem Projekt und seinen bislang insgesamt sieben Buchveröffentlichungen finden sich unter <http://radicalizing-reformation.com/index.php/de/>. Die ausgewählten Texte stammen aus dem von Ulrich Duchrow und Hans G. Ulrich herausgegebenen siebten Band „Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel“ (Lit-Verlag, Berlin 2017).



die rassistischen Verbrechen der Vergangenheit aus? Eine besondere Zuspitzung erhielt diese Frage angesichts des mit großem Aufwand begangenen 500-Jahre-Jubiläums der lutherischen Reformation.

Die Verdienste Luthers und der anderen Reformatoren des 15./16. Jahrhunderts wurden vielfach gewürdigt. Aber es war unvermeidbar, auch auf die „Sünden der Reformation“ und deren fatale Folgen zu verweisen. Dazu gehört ein Denken im strengen Schema von Rettung und Verdammnis, Freund und Feind; dazu gehört die Inanspruchnahme staatlicher Schirmherrschaft über die Religion und nicht zuletzt auch der Hass auf Juden, Türken, Täufer, Aufständische. Die Schuld aus der jüngeren Vergangenheit und die der 500 Jahre zurückliegenden Geschichte, Holocaust und kirchlicher Judenhass, hängen unmittelbar zusammen.

Giselher Hickel hat die Kernaussagen dieser Beiträge zusammengefasst und kommentiert.⁴ Einhellige Meinung der Autoren ist, dass für uns Deutsche neben unserem Verhältnis zum jüdischen Volk das zum palästinensischen Volk ein Prüfstein dafür ist, wie ernst es uns mit der Buße ist. Die ökumenischen Gesprächspartner halten Zweifel offensichtlich für angebracht.

Zur Ergänzung ist ein – ebenfalls von Giselher Hickel zusammen gestellter – Anhang angefügt, der eine Zusammenstellung von Daten und Fakten umfasst, die helfen sollen, die Aussagen der Stimmen aus der Ökumene historisch und politisch besser einzuordnen. Am Schluss des Anhangs rufen jüngste Äußerungen aus Palästina und der weltweiten Ökumene uns, unsere Gemeinden und Kirchen auf, der Befreiung der palästinensischen Menschen von nunmehr 50 Jahren Besatzung und der Wiederherstellung des Völkerrechts höchste Priorität zu geben.

4 Zitate sind jeweils kursiv und eingerückt kenntlich gemacht. Die Seitenangaben in der Klammer beziehen sich auf die deutschsprachige Ausgabe (s. Anm. 3). Die deutsche Übersetzung weicht allerdings in einigen der aufgeführten Zitate von der Buchfassung ab. Die englischsprachigen Originale sind auf der Webseite <http://www.radicalizing-reformation.com/index.php/en/publications/182-volume-7-interreligious-solidarity-for-justice-in-palestine-israel.html> einsehbar.

Wir wünschen uns und hoffen sehr, dass diese von uns herausgegebene Publikation mit dazu beiträgt, gemeindliches wie kirchliches Engagement für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina zu befördern.

Heidelberg, im Juni 2018⁵

**Ulrich Duchrow, Giselher Hickel
& Martin Gück**

5 Während der Arbeit an dieser Broschüre sind eine Reihe kritischer Bewertungen zu einzelnen Beiträgen des der Broschüre zugrunde liegenden Buches zum Teil im Sinne einer befremdlichen Polemik vorgetragen worden. Die Kritiker haben übersehen, dass es in den dokumentierten Aufsätzen insgesamt vor allem darum geht, die antijüdischen Aspekte der Theologie der Reformation und darüber hinaus anzusprechen und danach zu fragen, inwieweit wir uns wirklich davon getrennt haben. Wir hoffen, dass die Broschüre in diesem Sinne ein hilfreicher Gesprächsbeitrag sein kann.

Luther, Juden und Palästina

Von Dr. Munther Isaac⁶

Als Lutheraner versucht Munther Isaac die „Sünden Luthers“ zu verstehen. Er zitiert aus dessen Schrift von 1543, „Die Juden und ihre Lügen“: „... dass ihre Synagogen niedergebrannt werden sollen, und, wer immer kann, werfe Pech und Schwefel; auch wäre es gut, jemand könnte ein Höllenfeuer dareinwerfen ...“. Der zeitgeschichtliche Hintergrund reiche zur Erklärung nicht aus. Es gehe um den Kern von Luthers Theologie, die sich im Spannungsfeld zwischen den Polen von Himmel und Hölle, Rettung und Verdammnis, Gnade und Strafe bewege. Gemäß seiner Unterscheidung zwischen dem Reich Christi und dem der Welt gehörten Juden, Heiden und rebellierende Bauern in den weltlichen Herrschaftsbereich, in dem mit der Gewalt des Schwertes regiert werden müsse.

Isaac sieht eine Tragik darin, dass Luther einerseits den Gott entdeckte, der nicht verdammt und richtet, sondern uns mit Liebe und Gnade entgegenkommt, und dass er es andererseits versäumte zu bedenken, ob diese Liebe nicht auch über die Christenheit hinausreiche. Diese theologisch verstandene Grenze zwischen Gnade und Fluch stamme aus einem zweigeteilten Weltbild und hätte fatale Folgen gehabt, die bis hin zum ethnozentrisch begründeten Antisemitismus des 19./20. Jahrhunderts mit dem tragischen Höhepunkt des Holocaust reichten.

Wir können davon ausgehen, dass Luthers heftige Angriffe auf die Juden Ausdruck des Glaubens oder der voreingenommenen Weltsicht sind: „Wenn ich gerechtfertigt bin, bin ich grundsätzlich überlegen“. Es ist eine typische Haltung von Selbstgerechtigkeit und Vorurteil, die letztlich dazu führt, den „Toren“ das Menschsein abzusprechen, weil sie nicht zur Wahrheit gelangen. (15)

Dafür, dass es nach dem Holocaust und dem Krieg eine tiefgreifende Neubesinnung und eine theologische Wende geben musste, hat Isaac Verständnis,

auch wenn er darin vor allem die Kirchen „im Westen“ in der Pflicht sieht.

Die „Post-Holocaust-Theologie“ suchte eine Antwort auf die Jahrhunderte der Verfolgung des jüdischen Volkes im Westen, eine Verfolgung, die im Holocaust ihren traurigen Höhepunkt fand. Es ist eine Theologie, die die biblischen Bundesschlüsse mit Israel ganz positiv wertet und für ihre gegenwärtige Geltung auch nach dem Erscheinen Christi eintritt. Mit anderen Worten, der Bund mit Israel wurde nicht aufgehoben. Die Kirche hat nicht das biblische Israel abgelöst. (18)

Allerdings sieht er darin eine ernste Herausforderung für die palästinensischen Christen, sofern damit ein theologisch begründeter Anspruch auf das palästinensische Land verbunden ist. Die Christen in Palästina sähen sich vor die Wahl gestellt, dem entweder zuzustimmen oder des Antisemitismus und des Festhaltens an einer Ablösungstheologie beschuldigt zu werden. Da die Theologen dieser Post-Holocaust-Theologie das Gespräch mit den betroffenen Christen nicht gesucht haben, offenbare diese Haltung eine koloniale Mentalität der Überlegenheit, die die Frage aufwerfe, ob die westliche Christenheit tatsächlich Buße getan hat für Luthers Sünden. Isaac zitiert zustimmend den aus Palästina gebürtigen orthodoxen Theologen Paul Tarazi:

„Es macht uns Christen im Nahen Osten stutzig, wenn westliche Christen einerseits die westliche Christenheit für den Holocaust der Nazis weitgehend mitverantwortlich machen und andererseits – sehr oft bedingungslos – den gegenwärtigen Staat Israel unterstützen, und gleichzeitig uns weismachen wollen, sie wollten uns keinerlei Theologie überstülpen, und wir wären frei, unsere biblischen Auslegungen zu vertreten. Wie können sie so reden, wenn sie auf unsere Kosten Buße tun für Taten, die unter ihnen geschehen sind – all dies mit Prämissen, die wir zurückweisen. Es ist dies ein seltenes Beispiel der Kombination von theologischem und politischem Imperialismus.“⁷ (19)

⁶ Der Autor ist palästinensischer Theologe, Assistenzpfarrer der Ev.-Luth. Weihnachtskirche in Bethlehem sowie akademischer Leiter des „Bethlehem Bible College“.

⁷ Paul Tarazi: Covenant, Land and City – Finding God's Will in Palestine, The Reformed Journal 29, 1979, S. 15.



Isaac fügt hinzu:

Es ist in der Tat ein Paradox, dass uns der Westen mit seiner langen Geschichte des Antisemitismus belehren will und uns jetzt tadeln, zu rechtweisen und auf den rechten Weg führen will. (19)

Die neuerdings beliebte Berufung auf die „jüdisch-christliche Tradition“ habe ihre Berechtigung als Hinweis auf die gemeinsamen Wurzeln von Christentum und Judentum. Nur impliziere der Begriff, wie er heute gebraucht wird, eine Überlegenheit gegenüber dem Islam und den arabischen Christen. Es sei inzwischen üblich, vom gleichen Gott der Juden und der Christen zu sprechen. Aber es sei weitgehend verpönt, davon zu sprechen, dass Moslems und Christen den gleichen Gott verehren. Doch weder die Juden noch die Moslems glaubten an die Göttlichkeit Christi oder an die Trinität. Ebenso befremdlich empfänden es palästinensische Christen, wenn von dem „unauflöslichen Band“ die Rede sei, das Christen und Juden verbinde. Da stelle sich die Frage, was die westlichen Christen mit den Palästinensern verbinde, und was mit den palästinensischen Christen.

Isaac zitiert: „Der Zionismus beruht auf einer jahrhundertalten Tradition, auf aktueller Notwendigkeit, auf zukünftigen Hoffnungen, und er ist bei weitem wichtiger als die Wünsche und Vorbehalte der 700.000 Araber, die zur Zeit das altherwürdige Land bewohnen“. So der britische Außenminister Lord Balfour, der 1917 die nach ihm benannte Erklärung zur Schaffung einer jüdischen Heimstatt in Palästina formulierte. Die gleiche koloniale Mentalität sei noch heute in vielen christlichen Erklärungen spürbar.

Wir hören immer noch Forderungen: „Juden haben ein gottgegebenes Recht auf das Land Israel“, oder: „Die Gründung Israels ist ein Zeichen der Treue Gottes zum jüdischen Volk“. Die Frage ist: Was heißt das für die Menschen des Landes? Spielt unsere Meinung eine Rolle? Was sollen wir machen? Das Land verlassen? Als Bürger zweiter Klasse in unserem Land leben? Wo ist unser Platz in der Holocaust-Theologie?

Als Antwort verfassten Christen aller im Land vertretenen Konfessionen 2009 das Dokument „Kairos Palästina – Stunde der Wahrheit“. Es ist Zeugnis für den Überlebenskampf der Christen in Palästina-Israel. Isaac stellt das Dokument in seinen Grundzügen vor.

Die Grundaussage:

„Wir glauben an den einen Gott, den Schöpfer des Universums und der Menschheit. Wir glauben an einen gütigen und gerechten Gott, der jedes seiner Geschöpfe liebt. ... Wir glauben, dass jedes Wesen seine Würde der Würde des Allmächtigen verdankt.“

Die Konkretion:

„Der Westen versuchte, das Unrecht, das Juden in den Ländern Europas erlitten hatten, wiedergutzumachen, aber diese Wiedergutmachung geschah auf unsere Kosten in unserem Land. Unrecht sollte korrigiert werden; das Ergebnis war neues Unrecht.“

Die Schlussfolgerung:

„Jede Benutzung der Bibel zur Legitimierung oder Unterstützung von politischen Optionen und Standpunkten, die auf Unrecht beruhen und die Menschen und Völkern von anderen Völkern aufgezwungen werden, verwandelt Religion in eine menschliche Ideologie und beraubt das Wort Gottes seiner Heiligkeit, seiner Universalität und seiner Wahrheit.“

Das Ziel:

„Kairos Palästina hat eine Zukunft vor Augen, in der Palästinenser und Israelis, Juden, Christen und Moslems versöhnt zusammen leben.“

Die Bedingung:

„Dazu müssen alle Seiten jegliche religiösen und gottgegebenen Forderungen und Rechte auf Besitz des Landes zurückstellen, alle exklusiven Ansprüche auf das Land, und ebenso die Vorstellung vom religiösen Charakter des Staates aufgeben.“

Der Weg:

„Kairos Palästina tritt ein für den religiösen Dialog und sieht darin ein Hoffnungszeichen. Aber es muss ein Dialog auf der Grundlage der Ablehnung von Okkupation und Unrecht sein.“

... Dialog und Engagement müssen darauf beruhen, das Bild Gottes im Anderen zu sehen.“⁸

Isaac fragt abschließend noch einmal: Hat das westliche Christentum tatsächlich Buße getan für die Sünden Luthers? Sein Resümee:

Hundert Jahre nach Balfour und fünfzig Jahre nach der Besetzung von Westbank, Gaza und Ostjerusalem – und noch immer streben die Palästinenser nach Gerechtigkeit und Freiheit und nach dem Ende der Okkupation. Die Kirchen in Europa und besonders die in Deutschland haben sich Zeit gelassen mit ihrer Reaktion, und sie sind vielfach noch unentschlossen, gegen die Besatzung Stellung zu nehmen.

⁸ http://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2015/09/Kairos-Palestine_German.pdf

Von der Judenfrage zur palästinensischen Diaspora

Von Dr. Charles Amjad-Ali⁹

Charles Amjad-Ali geht davon aus, dass es offensichtlich einen Zusammenhang gibt zwischen der jüdenfeindlichen Rhetorik der Reformation und der Verfolgung der Juden bis hin zu den Verbrechen der Nazis.

Es ist jetzt allgemein anerkannt, dass die Reformation und ihre Rhetorik eine direkte und dauerhafte Auswirkung auf die Behandlung der Juden in Europa hatte. ... Was in Deutschland Platz griff während der Nazi-Herrschaft, war ein systematischer, technisch hoch entwickelter und sehr effizienter Tötungsprozess an einem Volk, das verschieden war und als der permanent Andere in Europa galt. ... Aber die Schuld für die schrecklichen Verbrechen des Holocaust reicht viel tiefer in die europäische Geschichte hinein. (67)

Deshalb sieht Amjad-Ali in der Schaffung des Staates Israel eine Konsequenz aus der Anerkennung des jahrhundertelangen Unrechts an den Juden in Europa und einen notwendigen Akt der Vergeltung.

Er weist allerdings darauf hin, dass dies ganz nach dem europäischen kolonialistischen Muster erfolgte und zur Gründung einer westlichen Nation in der arabischen Welt führte.

Bezeichnend ist, dass dieser neue Staat nach einem ähnlichen Programm vorging wie alle kolonialistischen Unternehmungen. ... Dies macht Israel zu einem Land, ähnlich den europäischen Einwanderungsländern wie die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Neu-Seeland und Südafrika. All diese Kolonialstaaten sind charakterisiert durch das, was heute korrekterweise „Siedler-Kolonialismus“ genannt wird. Dabei geht es um eine groß angelegte Auswanderung von Europäern in „neues“ Land, eine

umfassende Verdrängung der eingeborenen Bevölkerung und den Raub deren Landes, um dieses als ihr Eigentum zu beanspruchen. ... Das andere zentrale Charakteristikum von Siedler-Kolonialismus ist, dass die Siedler sich generell als kulturell, religiös und rassistisch überlegen betrachten gegenüber den ursprünglichen Einwohnern. ... Auf diese Weise werden ihre damit einhergehenden politischen und ökonomischen Ansprüche gerechtfertigt, als wären sie natürlich. Das führt stets zum Raub von Leben, Freiheit und Land der ursprünglichen Einwohner. (68f.)

Laut Amjad-Ali entspricht Israel dem Muster einer Siedler-Nation. Den Gründungsmythos bilde das „Konzept der Rückkehr“. Israelische Nationalisten wehrten sich, als Siedler zu gelten, und beriefen sich auf die 4.000 Jahre alte mythische Zugehörigkeit zum ihnen „verheißenen Land“. Gleichzeitig sähen sie die seit 2.000 Jahren ansässige Bevölkerung als unrechtmäßige Eroberer an. Die biblischen Texte, auf die sie sich dabei berufen, sind, so der Autor, exegetisch sehr komplex, theologisch uneindeutig und keinesfalls im Sinne eines nationalen Eigentumstitels zu verstehen. Die religiöse Begründung des Anspruchs auf das Land hält er zudem für beunruhigend.

Eines der größten Probleme, die wir haben, ist, dass wir, während wir den Islam wegen der Vermischung von Religion und Politik anklagen, dieselbe Kritik, dieselben analytischen Werkzeuge nicht anwenden, wenn wir die Gründung Israels und seine Entwicklung als Staat seit 1948 untersuchen. (68)

Der Autor sieht keine stichhaltige religiöse Begründung für die Schaffung des Staates Israel. Es gebe nur eine politische Begründung, und als solche könne nur der UNO-Teilungsbeschluss von 1947 gelten. Dieser sei allerdings in gewisser Weise ambivalent.

Wenn wir auf die politische Begründung – ohne religiöse Legitimation – für den Staat Israel schauen, dann hätte die büßende, retributive¹⁰, restaurative Gerechtigkeit den Staat

⁹ Der Autor stammt aus Pakistan. Er ist Theologe, Islamist und Ökumeniker und war an Universitäten in Pakistan, Südafrika, Schweden, England, Deutschland, Australien, Japan und den Philippinen tätig. Seit 20 Jahren hat er eine Professur für „Gerechtigkeit und Christliche Gemeinschaft“ am Luther-Seminar in Minnesota, USA inne, einer theologischen Hochschule der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELCA).

¹⁰ retributiv = vergeltend.

Deutschland ernsthaft bestrafen sollen, der, wie allgemein anerkannt, die Schuld trägt für die Schrecken der Shoa, hervorgerufen nicht zuletzt durch die antijüdische Sophisterei Luthers. Deshalb hätte vielleicht Bayern der Ort sein sollen für den neuen Staat Israel, abgetrennt von Deutschland, als Wiedergutmachung für seine Kriegsverbrechen gegen die Menschheit insgesamt und gegen das jüdische Volk im Besonderen im Namen der Überlegenheit der arischen Rasse; wichtiger noch: zur Bestrafung der ganzen politischen Denkweise und der damit verbundenen fatalen Technologie, die entwickelt worden war, um ein Volk auszulöschen, das das Andere darstellte. (76)

Amjad-Ali nennt aus der Sicht eines Asiaten und nicht ohne Bitterkeit eine Reihe weiterer europäischer und nordamerikanischer Territorien, die größer als das gegenwärtige Israel sind und eine geringere Bevölkerungsdichte aufwiesen. Und daran anknüpfend fährt er fort:

Ich frage mich, wie die Reaktion der Europäer oder Amerikaner gewesen wäre auf solch einen Siedlerstaat als ausgleichende Gerechtigkeit, statt die Verantwortung für ihre Verbrechen auf die vielgeschmähten palästinensischen Opfer abzuschieben. Statt die Vergeltung und Strafe auf uns zu nehmen, gaben wir die Strafaktion und Vergeltung weiter an das Volk der Palästinenser. ... So sind die Juden nicht mehr Teil der Bürgerschaft Europas, sondern haben ihren eigenen Staat, und Europa ist sie endgültig los. (77)

Amjad-Ali stellt die Rechtfertigung der Etablierung des Staates Israel ausdrücklich nicht infrage, aber er will darauf aufmerksam machen, dass die politische Denkweise, die bei der Entscheidung der UNO wirksam war, der Epoche zuzurechnen ist, an die sie eine Absage sein wollte – an den Geist des Kolonialismus und westlicher Überlegenheit. Dass die zahlreichen Beschlüsse und Resolutionen von UNO-Gremien, die auf die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber den Palästinensern drängten, praktisch wirkungslos blieben, schädigt die Glaubwürdigkeit der UNO nachhaltig. All das

weise darauf hin, dass die eigentliche Buße für die deutschen und europäischen Verbrechen noch ausstehe.

Bußfertige Ermächtigung: Deutsche Christen, der Holocaust und die Wiederkehr deutscher Macht. Überlegungen im Rahmen jüdischer Befreiungstheologie

Von Dr. Marc H. Ellis¹¹

Für Marc Ellis ist es offensichtlich, dass die deutsche Geschichte weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart der jüdischen Frage entrinnen kann. Er spricht geradezu von einer jüdischen Obsession der Deutschen. Als exemplarisch für Verhaltensweisen gegenüber dem Judentum nennt er drei Namen: Luther, Hitler und Heidegger; Luther für die Ambivalenz zwischen Hochkultur und Judenhass, Hitler für die Shoa, und schließlich Heidegger, den Philosophen, für den intellektuellen Mangel an Widerstand.

Demgegenüber würdigt er das Bemühen deutscher Christen nach dem Zweiten Weltkrieg, im christlich-jüdischen Dialog für die Sünde des Antisemitismus und der Shoa Buße zu tun.

Als Schritt auf einem ehrlichen Weg nach dem Holocaust war der Dialog notwendig und revolutionär. Hatte es jemals einen so kühnen Versuch gegeben, das machtpolitische und theologische Ungleichgewicht zwischen Juden und Christen zu korrigieren? Und es gelang auch, trotz großer geschichtsbedingter Widerstände. Revolutionäre Vergebung lag in der Luft, das heißt Vergebung, zu der zentral die Gerechtigkeit und nicht das fromme Gefühl gehört. (131)

Seine Anerkennung schränkt er allerdings ein. Denn bei Buße gehe es nicht nur um das eigene Schuldbekenntnis und die Wiedergutmachung gegenüber dem anderen, dem Schaden zugefügt wurde, sondern oft auch um ein Drittes, nämlich um die eigene Rehabilitierung mit dem Ziel, neue Schuld und Sünden der Gegenwart zu verbergen. Fast lapidar stellt Ellis fest:

Bedauerlicherweise forderte die jüdisch-christliche Annäherung Opfer: das palästinensische Volk. Ist das nur ein Kollateralschaden? Jedenfalls war das nicht die Absicht. Juden und Christen im Westen konspirierten nicht, um ein Volk außerhalb Europas einer ethnischen

Säuberung zu unterwerfen, es zu erniedrigen und in Ghettos zu sperren, und es gab dazu auch keinen konkreten Plan. (131)

Das Unrecht an dem palästinensischen Volk im Zusammenhang der Gründung Israels sei nicht Absicht, aber verhängnisvolle Konsequenz gewesen. Allerdings hätten prophetische Stimmen unter Juden wie auch unter Christen schon früh Gerechtigkeit gegenüber den Palästinensern angemahnt. Sie seien überhört worden. Diese Verdrängung neuer Schuld habe schließlich dazu geführt, dass aus dem christlich-jüdischen Dialog ein „Deal“ geworden sei.

Einfach gesagt geht es beim „Deal“-Aspekt des jüdisch-christlichen Dialogs um folgendes: Ihr Christen tut Buße für eure Sünden, ihr steht fest zu Israel und ihr schweigt über die Palästinafrage. Schweigen über die Palästinafrage wird gefordert, andernfalls werden Christen beschuldigt, dass sie wieder zum Antisemitismus zurückgekehrt seien, den sie gerade aufgegeben hatten. (132)

Holocaust, Israel und Palästina seien aber aufrichtigerweise nicht voneinander zu trennen.

Heute gibt es keine revolutionäre Vergebung zwischen Juden und Christen, ohne dass die Palästinafrage ins Zentrum rückt. ... Ohne Palästinenser und Palästina im Zentrum reden Juden und Christen der westlichen Welt in einem Raum wachsender Unaufrichtigkeit, voll uneingestandenem Vorurteil und Eigeninteresse. (132)

Marc Ellis benennt die Themen, die im christlich-jüdischen Dialog auf beiden Seiten sorgsam ausgeblendet werden.

Ich denke dabei an die jüdischen Verflechtungen mit dem Imperium in Amerika und Israel, die eigentlich für jeden erkennbar sind. ... Dazu kommen aber auch die neuerlichen imperialen Ambitionen Deutschlands, über die ebenso wenig in der gepflegten Atmosphäre des jüdisch-christlichen Dialog-Deals geredet wird. Vom Imperium zu sprechen, scheint im Blick auf das Nachkriegsdeutschland angesichts der Begrenzung seiner militärischen Interventionsmöglichkeiten nicht angemessen

¹¹ Der Autor ist US-Amerikaner, jüdischer Befreiungstheologe, emeritierter Professor für jüdische Studien und Geschichte an der Baylor Universität, Waco, Texas, USA.



zu sein. Deutschland steht jedoch wieder auf der Weltbühne als die mächtigste Nation in Europa mit vielfältigen imperialen Verbindungen zur Macht der Amerikaner und der NATO, und obendrein als ein ökonomisches Gebilde, das von einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung profitiert. Wirtschaftliche Transaktionen mit dem einen oder anderen korrupten Regime, Israel eingeschlossen, gehören dazu. ...

Es stimmt, Deutschland hat für sein Comeback nach dem Zweiten Weltkrieg bezahlt, aber es ist dabei auch massiv unterstützt worden. Die Buße für den Holocaust war entscheidend. Wie sonst hätte Deutschland nach dem Holocaust unter Beweis stellen können, dass ihm erneut ein Platz unter den zivilisierten Nationen in der internationalen Gemeinschaft zusteht.

Glaubt Deutschland, dass sich sein wiedergewonnener Wohlstand, seine politische Macht und sein Status unbemerkt weiter entwickeln können, wenn es sich nur ständig vor dem Holocaust und dem konstantinischen¹² jüdischen Establishment verneigt?

Milliarden an Reparationen an den Staat Israel zu zahlen und ihn bis an die Zähne mit militärischer Ausrüstung zu bewaffnen, ist weiterhin erklärte Politik des deutschen Staates. Aber die Frage muss gestellt werden: Glaubt die politische und ökonomische Elite Deutschlands, dass man dem Land seine früheren und gegenwärtigen imperialen Ambitionen nachsehen wird, weil es für den Holocaust büßt und den Eroberer Israel immer mächtiger werden lässt? Ja – vielleicht. Bisher hat der Zauber gewirkt. (133)

Der jüdisch-christliche Dialog ebenso wie die Holocaust-Theologie haben aus Sicht von Marc Ellis ihre aufrüttelnde Kraft eingebüßt. Sie dienen inzwischen vornehmlich zwei Zielen: Der Rechtfertigung der Bestrafung der Palästinenser und der Disziplinierung der prophetischen Stimmen im Judentum. Marc Ellis

¹² Von „konstantinischem Christentum“ spricht man in der Kirchengeschichte seit dem christlichen Staatskirchentum im Römischen Reich im 4. Jahrhundert. Marc Ellis überträgt den Begriff auf das zur Macht gekommene Judentum. Es ist einer seiner Schlüsselbegriffe im Sinne einer machtkritischen jüdischen Prophetie.

Sätze sind voll Bitterkeit, wenn er über die Rolle spricht, die der Holocaust gegenwärtig in der deutschen und in der jüdischen Politik spielt. Denn soviel sei gewiss, der Holocaust ist nicht nur Geschichte, sondern werde mit politischer Absicht benutzt. Dass das schreckliche Geschehen weitgehend instrumentalisiert wird, bewirke, dass es trivialisiert werde. Das Leiden wird in drastischen Bildern präsent gehalten, aber um es für andere Zwecke zu nutzen oder um die wahren Ziele zu verschleiern.

Heute dient der Holocaust allzu oft als der Holzhammer, mit dem alles zerschlagen wird, was die geheiligte Holocaust-Sphäre stört. (135)

Der Autor nennt dies ein offenes Geheimnis im jüdisch-christlichen Dialog. Erbittert und im Bewusstsein zu schockieren, nennt er einen solchen Missbrauch „Holocaust-Nostalgie“:

Holocaust als Nostalgie, das ist nicht schmerzliche und düstere Erinnerung. Es bedeutet: erinnern, ohne kritisch zu reflektieren, dem kolossalen Leiden die Schärfe nehmen und es zu anderem Zweck benutzen.

Ausführlich befasst sich Ellis mit der neuen staatlichen „Normalität“ der Juden. Er geht insbesondere auf Irving Greenberg ein, einen prominenten Vertreter der Holocaust-Theologie, und auf dessen Essay „Ethik jüdischer Macht“ (1988).

Greenberg, damals schon ein prominenter Holocaust-Theologe, suchte eine Antwort auf den Widerspruch zwischen der Erinnerung an den Holocaust einerseits und der Brutalität der israelischen Besatzungsmacht andererseits. Er sprach von grundlegender Veränderung der Bedingungen für das Jüdischsein, den Wechsel der Juden von der Ohnmacht zur Macht. Greenberg sah das Ende der jüdischen Holocaust-Schwäche gekommen und den Aufstieg zu jüdischer Macht. Diese Entwicklung bejahete er als wesentlich, sofern sie durch jüdische Ethik gezügelt wäre. In einem jüdischen Staat, argumentierte Greenberg, war es entscheidend, wenn auch schwierig, die Macht – bei allen notwendigen ethischen Kompromissen – als neue jüdische Normalität zu akzeptieren.

Nach Greenberg befanden sich die Juden in dem schwierigen Übergang hin zur Normalisierung. Sie könnten sich in ihrem Verhalten den Sinn für ethische Unterscheidung bewahren, aber der Unterschied könnte nur marginal sein. Greenberg war genau: der Staat Israel könnte nur 10 % besser sein als andere Nationen. Andernfalls würde Israel scheitern und untergehen. (135f.)

Normalität im Leben der Nationalstaaten wird offenbar mit einem rücksichtslosen Gebrauch der Macht gleichgesetzt. Greenberg, in Übereinstimmung mit jüdischem Establishment in Israel und in den USA, warnte, dass ein bestimmtes Maß an Kritik gegenüber Israel die Existenz des Staates gefährden, wenn nicht gar einen neuen Holocaust heraufbeschwören würde. Man war besorgt, dass Israel von außen mit einem Maßstab gemessen werde, an dem jede Nation scheitern müsste. Aber noch mehr fürchtet Greenberg die jüdische Prophetie, die von innen heraus ihre Kritik gegen Israel richten könnte. Wenn Israel mit dem allgemein gültigen Maß gemessen werden würde, würde der Holocaust seine Wirkung als Schutzargument verlieren. Genau dazu bekennt sich allerdings Marc Ellis.

Die ur-jüdische Prophetie nimmt Israel jeden Anspruch auf Unschuld. Es ist aus mit der Idee der unschuldigen jüdischen Ermächtigung – wie viel Leiden auch immer vorausgegangen sein mag. Es ist ebenfalls aus mit einer Rechtfertigung durch den Holocaust für Unrecht gegenüber den Palästinensern. Die jüdische Prophetie sieht die Expansion Israels als Landraub an und als eine Perversion ethischer Verantwortung. (137)

Das Geschick der Palästinenser muss nach Ellis heute Teil des biblischen Bundesverständnisses sein. Wenn Christen das von Israel begangene Unrecht mit dem Hinweis auf den Holocaust rechtfertigen, dann täten sie dies letztlich, um ihre eigene Geschichte und Gegenwart weißzuwaschen. Das mächtig gewordene konstantinische Judentum ähnele dem konstantinischen Christentum. Gegen beide erhebt die jüdische Prophetie ihre Stimme.

Und sie lässt sich auch vom bußfertigen liberalen christlichen Gewand nicht täuschen.

Wie verhält sich die jüdische Prophetie gegenüber dem Versuch des liberalen Christentums, insbesondere in Deutschland, sich vom konstantinischen Christentum zu trennen und sich dem Holocaust zu stellen? Solange dies aus kalkulierte Eigennutz geschieht, besteht sie nachdrücklich auf der Schuld der Christen und der Deutschen, ohne das Bemühen der Christen zu würdigen. ... Dabei ist auch der gegenwärtige deutsche Wohlstand im Fokus. Ist dieser Wohlstand auf fremdem Leid gegründet? Wenn jüdisches Leiden des Holocaust dazu dient, weiteres Leid zu erzeugen, wird alles trivialisiert, einschließlich des Gedenkens an Leid. Die Trivialisierung von Leid, vergangen oder gegenwärtig, trivialisiert den Zorn darauf. Für die jüdische Prophetie bedeutet die Trivialisierung der Opfer des Holocaust dadurch, dass weitere Opfer erzeugt werden, die schwerste Sünde gegen die Prophetie – und damit gegen das ureigen Jüdische. (137)

Deutschland und Israel hätten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen schwierigen Weg vor sich gehabt, um ihren Platz unter den Völkern zu finden und um den Kalten Krieg zu überleben. Es sei seltsam, wie sie den Weg in gegenseitiger Abhängigkeit gegangen sind, durch den massiven Beitrag zur materiellen Ermächtigung auf der einen Seite und die Annahme der Buße auf der anderen Seite. Dass dies auf Kosten des palästinensischen Volkes geschah, habe eine bis heute währende Komplizenschaft daraus werden lassen.

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg hätten nur wenige Menschen Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg und Israels Tüchtigkeit voraussagen können. Noch weniger hätten sie sich ausmalen können, wie eng miteinander verknüpft Deutschlands und Israels Erfolge sein würden. Und wer hätte schließlich vorhersehen können, wieviel schuldhaftes Handeln dabei ins Spiel kommen würde, und wie sehr gerade ihr Erfolg sie dazu bringen würde, zuerst unbewusst, dann aber bewusst

vor den Kosten ihrer Post-Holocaust-Ermächtigung die Augen zu verschließen. (139)

Marc Ellis ist sich bewusst, dass diese prophetische Anklage sowohl bei Juden als auch bei Christen auf Ablehnung stößt. Gewöhnlich versuche man deshalb, Prophetie in die biblischen Schriften einzusperren und „einzufrieren“. Jüdische Theologie und Ritus werden heute durch das rabbinische Judentum geprägt, und das prophetische Gegenüber wird verdrängt.

Der vermeintliche Friedensprozess zwischen Israel und Palästina sei weitgehend eine Farce. Das prophetische Aufbegehren wäre umsonst und liefe ins Leere, wenn es gelingen würde, Israel daran zu hindern, noch mehr zu nehmen, als es sich bereits genommen hat, und wenn man die Palästinenser dazu bringen könnte, sich mit dem zufrieden zu geben, was Israel ihnen gelassen hat. Das aber sei das Ziel des gegenwärtigen Friedensprozesses. Wenn es dazu käme, könnten sich alle der Illusion hingeben, dass alle Schuld vergeben wäre, für den Westen, für die deutschen Christen, für die israelischen Juden und das weltweite Judentum.¹³ Auf der Suche nach einem Ausweg greift Ellis die Rede der jüdischen Holocaust-Theologie von der Abwesenheit Gottes auf. Er schlussfolgert, dass die Abwesenheit Gottes nicht nur auf den Holocaust, sondern offenbar auch auf die Gründung Israels zuträfe, sonst hätte die massenweise Vertreibung und die ethische Säuberung des Landes nicht der Preis sein können. Damit hätten die Juden nicht nur gegenüber den Palästinensern Schuld auf sich geladen, sondern auch gegenüber dem eigenen Judentum, indem dessen ethische Tradition zerstört worden sei.

Ist dies heute das Elend der Juden ... nachdem die jüdische Nach-Holocaust-Rückkehr ins Land in einem Debakel endete? Man möchte zögern, schließlich wissen wir noch nicht, was aus Israel werden wird. Dennoch ist bereits offensichtlich, was mit der ethnischen Säuberung von 700.000 Palästinensern bei der Entstehung Israels angefangen hat. (144)

¹³ Als der Text 2014 entstand, engagierte sich die US-Regierung unter Präsident Obama in einer erneuten, von Außenminister Kerry geführten Friedensinitiative.

Es ist überdeutlich, dass der Autor nicht über etwas ihm Fremdes spricht. Es ist der Weg seines Volkes; es ist auch sein eigener Weg und sein eigener Schmerz. Das macht die Authentizität seiner schockierenden Argumentation aus. Seine Rigorosität hat nichts zu tun mit der selbstgefälligen Radikalität, wie sie uns bei diesem Thema mitunter begegnet. Er leidet an dem, was er sieht, wie die Propheten der hebräischen Bibel darunter litten, Unheil verkünden zu müssen. Er leidet auch, weil er das Leid der Entrechteten ernst nimmt.

Marc Ellis spricht vom jüdischen Volk. Aber das Unheil, das er beim Namen nennt, trifft ebenso uns als Christen, speziell uns Christen in Deutschland. Denn die Buße, die wir uns zugute halten, hält dem prophetischen Urteil nicht stand. Sie sei in Wirklichkeit nicht Abkehr vom Unrecht, sondern sie fungiere als Rechtfertigung für neues Unrecht – für die Unterstützung des Unrechtes Israels und für erneutes Streben nach eigener Macht über andere. Dass Deutschland heute als mächtigster Staat in Europa dastehe und handle, sei Erweis genug.

In einem letzten Abschnitt fragt Ellis, was zu tun sei, und er erörtert die unterschiedlichen Lösungsvorschläge. Die in allen offiziellen Verhandlungen angestrebte Zwei-Staaten-Lösung hält er für eine Illusion.

Andersdenkende Juden und Christen und Gläubige mit Gewissen müssen im Blick auf die Lösungsvorschläge zum Israel-Palästina-Konflikt begreifen: Es wird nie – ich wiederhole: nie – eine Zwei-Staaten-Lösung geben, bei der ein wirklich palästinensischer Staat entsteht. Unter einem wirklich palästinensischen Staat verstehe ich einen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt, mit der ganzen Westbank ohne jüdische Siedler sowie Siedlungen und mit einer gesicherten Verbindung nach einem freien Gaza. (151)

Immer wahrscheinlicher werde die negative Ein-Staat-Lösung, die eigentlich schon heute Wirklichkeit sei: Ein Staat zwischen Tel Aviv und dem Jordan mit sechs Millionen Palästinensern als Bürgern zweiter Klasse im israelischen Kerngebiet, in Ostjerusalem und der Westbank, und dazu ein

abgeriegelter Gazastreifen. Der positiven Ein-Staat-Lösung, in der alle Bürger mit gleichen Rechten in einem demokratischen Israel-Palästina leben, werde Israel nie zustimmen. Dabei könne es sich darauf verlassen, dass die westlichen Partner Israel gewähren lassen werden. Palästina werde langsam verschwinden, aber der Widerstand werde bleiben, und die Lage werde sich nicht beruhigen.

Für die Deutschen und für deutsche Christen wäre allerdings eine offen eingestandene, fortgesetzt gewaltsame Unterwerfung der Palästinenser unter jüdischer Herrschaft schwer erträglich. Das widerspräche ihrem Bild vom unschuldigen Israel. Dieses positive Israel-Bild sei für die Befreiung der Deutschen vom Makel des Holocaust unverzichtbar.

Die deutsche Kontrolle über das Bild von den Juden ist wichtig für ihre Wiederaufnahme in die Zivilisation nach dem Holocaust und für den fortgesetzten politischen und wirtschaftlichen Aufstieg im 21. Jahrhundert. ... Die deutsche Befreiung von den Schrecken des Holocaust hängt auch heute noch an den Juden. (152f.)

Deshalb sei es sehr verständlich, dass die Deutschen ihr Israelbild an den „progressiven Juden“ festmachen, an Büchern wie denen von Amos Oz und David Grossman, oder an Ury Avnery und der Friedens-Organisation „Gush Shalom“. Diese vermitteln die Vorstellung, das Unrecht habe erst 1967 begonnen. Die anhaltende Besetzung der Westbank sei ein Fehler, dessen Beendigung den Rückweg zu einem unschuldigen Israel ermöglichen würde. Marc Ellis schließt ohne einen hoffnungsvollen Ausblick. Deutschland und die deutschen Christen werden den Makel des Holocaust nicht ablegen können. Aber den horrenden Preis dafür werde weiterhin das palästinensische Volk zahlen. Eine Minderheit unter den Juden werde auch in Zukunft ihren Zorn darüber zum Ausdruck bringen, dass die Erben des Holocaust diesen als Mittel zur Unterdrückung nutzen. Das Gespräch zwischen deutschen Christen und Juden werde solange keine neuen Wege eröffnen, solange die Palästinenser nicht dabei sind.

Juden, Muslime und Palästinenser

Von Dr. Brigitte Kahl¹⁴

Um die Frage zu beantworten, ob Christen und Kirchen glaubwürdig Buße für Judenverfolgung und Holocaust getan hätten, holt Brigitte Kahl weit aus. Sie mutet uns eine Lektion neutestamentlicher Theologie zu und konfrontiert uns mit der Zeit und der Welt des Apostel Paulus, speziell mit dem Galaterbrief, der eine Schlüsselrolle in Luthers Rechtfertigungslehre und bei der Abwertung des Judentums innehat.

Der Hintergrund für das theologische Denken des Paulus ist die hellenistisch-römische Weltanschauung. Diese ist von dem fundamentalen Gegensatz zwischen „Uns“ und „den Anderen“ geprägt. Auf der Wir-Seite stehen die „Griechen“, d.h. im ersten Jahrhundert n. Chr. die römischen Staatsbürger, denen die griechisch-hellenistische Kultur als Leitkultur gilt. Auf die Seite der Anderen gehören die „primitiven“ Barbaren, die als Unterworfenen innerhalb des Imperiums oder jenseits seiner Grenzen lebenden Völker, sowie die Sklaven.

Aufgrund ihrer Gesetzlosigkeit, „primitiven“ Religion und Lebensform wurden die Barbaren oder „Naturvölker“ als unterentwickelt und unterlegen eingestuft und waren deshalb zum Beherrschtwerden durch die überlegene griechische Herrenzivilisation bestimmt. Dies war eine Blankoermächtigung zur Unterwerfung der Welt, einschließlich der Natur selbst. ... Jeder Sieg der Griechen war ein von den Göttern gewollter Sieg der Zivilisation über das Niedere und die Niederen. (38)

Unter den Barbaren gab es häufig Aufstände, die meist mit tausendfachen Kreuzigungen von Aufständischen endeten. Der Tod am Kreuz war die Hinrichtungsart für rebellierende Barbaren. Berücksichtigt für ihre Aufsässigkeit waren die Bewohner von

Galatien, die Galater, an die der Brief des Paulus gerichtet ist. Der ethnischen Herkunft nach waren sie Kelten, die als Migranten ins römische Imperium eingewandert waren. Sie galten pauschal als Terroristen. Die gründliche Unterwerfung und „Befriedung“ der Provinz Galatien kam erst zur Zeit des Paulus zum Abschluss.

Die römische Provinz Galatien, um 25 v. Chr. von Kaiser Augustus gegründet, war ein Musterbeispiel für die erfolgreiche weltweite „Befriedung“ des keltisch-galatischen Barbaren-Terrors ..., die durch ein brutales römisches Massaker an 40.000 galatischen Frauen, Männern und Kindern eingeleitet worden war. ... Die Vernichtung der Barbaren und alles gegen das „Gesetz“ und die „gesetzte Ordnung“¹⁵ des römischen Reiches Widerständigen war ein Gebot der Zivilisation und der Götter. (41)

Es ist eine zweigeteilte Welt – Kahl spricht von einem „binären“¹⁶ Weltbild – wir gegen die Anderen. Das „Wir“ wird auf der politischen Ebene durch den Kaiser repräsentiert. Er erscheint als Weltherrscher, als Imperator, als Sohn Gottes. Im römischen Imperium waren daneben andere Götter erlaubt, aber nur unter der Bedingung, dass der Kaiser als Erlöser und Heiland aller Völker anerkannt und verehrt wurde. Kaiserkult war Staatsräson. Allerdings gab es eine Ausnahme.

Eine prekäre und immer wieder Konflikte hervorrufende Ausnahme bildeten allerdings die Juden, die nur ihren Gott allein als Gott verehrten, jedoch spezielle Regelungen ausgehandelt hatten, die als Kompensation akzeptiert waren, wie z.B. das zweimalige tägliche Kaiseropfer im Jerusalemer Tempel, das stellvertretend für alle Juden in der Diaspora dargebracht wurde.

Eine weitaus prekärere, weil nicht allgemein anerkannte Ausnahme, die sowohl im jüdischen wie im griechischen und römischen Kontext heftig umstritten war, stellten die paulinischen Gemeinden dar. Dort verweigerten sich nämlich

¹⁴ Die Autorin ist Neutestamentlerin und hat nach Lehrtätigkeiten in Berlin und Paderborn seit 20 Jahren eine Professur am „Union Theological Seminary“ in New York inne. Ihr Aufsatz „Juden, Muslime und Palästinenser – Ein Disput zwischen Martin Luther und Paulus über die Rechtfertigung der Anderen“ basiert auf einer ausführlichen strukturalistischen Analyse der historisch-theologischen Zusammenhänge, die in der komprimierten Zusammenfassung nicht wiedergegeben werden kann. Aber die hier dargestellten Kerngedanken sind auch ohne diesen methodischen Hintergrund verständlich.

¹⁵ Beide hervorgehobenen Begriffe sind zentral für die Argumentation des Paulus.

¹⁶ lateinisch: bini = je zwei; der Begriff stammt aus der Fachsprache der strukturalistischen Linguistik.

nicht nur Juden der Kaiserreligion, sondern auch Nichtjuden ... unter Berufung auf ihr messianisches Jüdischsein und ihre Abrahamskindschaft „in Christus“ (vgl. Gal 3,16-29). Sie bestärkten so den ohnehin bereits vorhandenen Verdacht, dass der jüdische Monotheismus nichts anderes sei als ein Deckname für Aufruhr, mangelnden Patriotismus und antirömische Umtriebe. Die Berufung auf einen Gekreuzigten, d.h. einen wegen seiner Gesetzlosigkeit von der römischen Macht Hingerichteten, konnte diesen Verdacht nur bestärken. (43)

Es ist ganz folgerichtig, dass in dieser Situation die Forderung laut wurde, dass die nicht-jüdischen Jesunachfolger ordnungsgemäß zum Judentum übertreten sollten. Das hieß, dass die Männer sich dem Ritus der Beschneidung unterwerfen müssten. Das hätte gleichsam eine „Normalisierung“ der Lage bedeutet.

Es ging nicht an, dass auf einmal nicht mehr nur die Juden als relativ überschaubare und eingrenzbar Gruppierung dem Kaiser ihre volle Loyalität verweigerten. Der „wilde Monotheismus“ von unten, der frontal mit dem Kaisermonotheismus kollidierte, musste in halbwegs geregelte, also jüdische Bahnen zurückgelenkt werden. Nur so konnte man dem Vorwurf eines zugleich jüdischen und trans-jüdischen, „inter-nationalen“ Völkerbündnisses gegen die römische Ordnung und ihren Gott entgegenreten – was sowohl im Überlebensinteresse der jüdischen Gemeinden selbst als auch ihrer messianischen Ableger lag. Dabei wird die Berufung auf die Tora eine Rolle gespielt haben. Für Paulus ist es aber gerade nicht das Gesetz Gottes, das hier verteidigt wird, sondern ... das römische Gesetz. ... Genau damit steht aber das Gesetz Gottes, die Tora, auf dem Spiel. (43f.)

Paulus beschwört die Gemeinden in Galatien, sich nicht dem Gesetz, d.h. nicht der römischen Ordnung zu beugen, sondern zivilen Ungehorsam zu üben. Denn mit der Unterwerfung unter römische Gesetzlichkeit würden die Galater die zweigeteil-

te (binäre) Weltanschauung anerkennen, deren Motto lautet: Wer nicht zu uns gehört, nicht den Kaiser als Gott anerkennt, ist Barbar und verdient, verachtet, bekämpft, gekreuzigt zu werden. Paulus dagegen verkündigt den Messias, der sich nicht unterworfen hat und dafür als Gesetzloser gekreuzigt wurde. Er verkündigt ihn unter allen Völker des römischen Imperiums.

In seiner ökumenischen Migrationsbewegung „bis an die Enden der Welt“ (Apg 1,8) – d.h. der bereits römisch eroberten und von Rom für das Imperium beanspruchten Welt – wird Paulus zum Medium des Einen Gottes, der „anders“ ist als der römische Kaisergott. Es ist ein Gott mit den Anderen, für die Anderen, selbst ein Anderer, dessen Sohn wie die Anderen des römischen Gesetzes am Kreuz hingerichtet wurde, aber dennoch lebt, weil Gott die Macht des römischen Todes gebrochen hat (Gal 1,1). (54)

Aus der zweigeteilten Menschheit in von Rom Anerkannte und Verachtete wird die eine Gemeinde als Kern der wiedervereinigten Menschheit in Christus. Aus Gegensatz wird tolerierter Unterschied, aus Konkurrenz wird Solidarität.

Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau, denn ihr alle seid „einer“ in Christus Jesus (Gal 3,28).

Es liegt auf der Hand, dass es unmöglich wurde, die Paulusbriefe so zu verstehen, als die Kirche im 4. Jahrhundert n.Ch. in die „konstantinische“ Ära¹⁷ eintrat, als also die christliche Religion zunächst offiziell anerkannt und dann sogar Staatsreligion im römischen Reich wurde. Damit wurde das römische Gesetz und die römische Ordnung zur „guten“ Ordnung. Dass Paulus nicht gegen das Judentum, sondern gegen die Unterordnung des Jüdischseins unter die römische Reichsordnung polemisierte, trat völlig in den Hintergrund. Gleichzeitig setzte sich seit dem dritten Jahrhundert die christliche Kirche nachdrücklich vom Judentum ab. Das erleichterte die Interpretation des paulinischen

¹⁷ So benannt nach Kaiser Konstantin, der 313 das Mailänder Toleranz-Edikt erließ.



Schlüsselbegriffs „Gesetz“ als Tora – die Gebote, die Gott dem Volk am Sinai gab. Die teilweise detaillierten Weisungen¹⁸, die in den fünf ersten Büchern der Bibel enthalten sind, erschienen losgelöst vom jüdischen Kult als leere „Werke“. Das „Wir“ war jetzt christlich. Das „Andere“ war jüdisch, heidnisch oder ketzerisch. Das „Wir“ wurde repräsentiert durch christliche Obrigkeit und Kirche, die sich beide den Auftrag teilten, „die Anderen“ zu bekämpfen.

Martin Luthers Denken war bei allem Rebellieren gegen ein zentralistisches Kirchentum und gegen ein kommerzialisiertes Gnadenverständnis ganz in diesem Dualismus gefangen.

Die Rechtfertigung allein aus Gnade und Glauben als Kernartikel der Reformation ist damit markiert durch einen grundsätzlichen Antagonismus, der das Evangelium vom rechtfertigenden Glauben untrennbar verknüpft mit seinem Gegensatz, dem Gesetz und den Werken. Diese Binarität¹⁹, die Luther wesentlich aus dem Galaterbrief des Paulus als seiner Lieblingsepistel herleiten konnte, hat die reformatorische Rechtfertigungstheologie von Anfang an begleitet. Die paulinische Antithese von Glaube versus Werke oder Evangelium versus Gesetz wurde dabei nicht nur zur theologischen Waffe im Kampf gegen die katholische Kirche, sondern mit dem gleichen unerbittlichen Ausschließlichkeitsanspruch auch gegen Juden, Muslime, Türken und andere Andere gewendet. (26)

Brigitte Kahl bezeichnet die im Protestantismus angelegte Feindbildproduktion als die schwerste Hypothek, mit der wir uns 500 Jahre nach Luther auseinandersetzen müssen. Das Erbe selbst ist viel älter, aber die Reformation hat nicht vermocht, die Kirche davon zu befreien. Im Gegenteil: Der Anti-Katholizismus war nur der Anfang. Ein mörderischer Anti-Judaismus brach sich immer wieder Bahn.

Zugleich beinhaltete sie [die reformatorische Theologie] einen militanten Konservativismus,

dem zur Zeit Luthers die „werk-gerechten“ Bauern, Anabaptisten²⁰, oder Schwarmgeister ebenso zum Opfer fielen wie in der Folgezeit die Suche nach sozialer Gerechtigkeit und Veränderung überhaupt (27).

Brigitte Kahl spricht von der fatalen „Binaritätsfalle“, d.h. dem zwanghaften Herabwürdigen der Anderen, um selbst als gerechtfertigt – selbstgerecht – und überlegen auftreten zu können.

Im Neuen Testament wird diese Haltung sehr anschaulich von Lukas in der Person eines Pharisäers beschrieben, der mit dem Finger auf die „anderen Leute“ wie Diebe, Räuber, Ehebrecher oder auch den ethisch-politisch fragwürdigen Zöllner zeigt, um vor Gott seine eigene Gerechtigkeit zu begründen (Lk 18,9-14). Der Pharisäer wird daraufhin von Gott als nicht gerechtfertigt erklärt, weil er „sich selbst erhöht hat“. Er (ge-)braucht die Gottlosigkeit und Unwertigkeit des Anderen, um sich seines eigenen Wertes und seiner Stellung vor Gott sicher zu sein.

In erster Linie sind nicht die verbalen Entgleisungen des Reformators verantwortlich für unsere Schuldgeschichte. Es ist das christlich-konstantinisch geprägte westliche Weltverständnis, das das Muster von der gottgewollten Herrschaft der Zivilisation über die Barbaren und die Natur beständig fortführt. Haben wir den Weg der Gewaltgeschichte verlassen, nachdem sie im faschistischen Völkermord ihren grauenvollen Tiefpunkt erreicht hat? Haben wir Christen für unseren Anteil daran Buße getan?

Gerade der Versuch, den Wurzeln dieser Schuld bis ins Zentrum protestantischer Theologien nachzugehen, führt zu der Einsicht, dass der menschenverachtende Massenmord der Shoa mitverursacht wurde durch eine theologische Struktur, die neben dem Antisemitismus auch Antiislamismus und andere Anti-ismen hervorgebracht hat und in immer neuen Feindbildvariationen weiter hervorbringt. ... Zur Zeit des Faschismus waren es neben den Juden die

¹⁸ Tora bedeutet Weisung.

¹⁹ Binarität = Zweiteilung.

²⁰ Anabaptisten = Wiedertäufer.

slawischen „Ostvölker“ wie Russen und Polen, die Kommunisten, die Zigeuner, geistig Behinderten und Homosexuellen, die in Hitlers spezieller Variation des Barbarenkampfes zu Untermenschen erklärt wurden. (47f.)

Paulus steht dafür, dass die Begegnung dazu befähigt, dem römischen Herrschaftsanspruch zu widerstehen, die Zweiteilung in Herrschende und Beherrschte, Höher- und Minderwertige zu beenden. Aber die Gegenwart bringt neue Variationen des Barbarenkampfes hervor:

Es ist oft darauf hingewiesen worden, wie das euro-amerikanische christliche Selbst nach dem Ende des Kalten Krieges im Jahre 1989 in eine tiefe Identitätskrise geriet. Mit dem Wegfall des kommunistischen/atheistischen Ostens als Feindbildkonstrukt war der Westen seines konstitutiven Anderen beraubt. Samuel Huntingtons Vorschlag, den Islam als das neue Andere im „clash“ mit der christlichen Zivilisation zu verstehen, sprengte sich mit dem terroristischen Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 ins öffentliche Bewusstsein. ... Damit war der Weg frei für eine ideologische Verschiebung vom traditionellen Anti-Judaismus und Anti-Kommunismus zu einem Anti-Islamismus, wie er auf je unterschiedliche Art im „Krieg gegen den Terror“, in fremdenfeindlichen Beschwörungen einer Rettung (bzw. des drohenden Untergangs) des christlichen Abendlandes, in Reisebeschränkungen gegen Muslime in den USA oder im Verhältnis Israels zu Palästina praktiziert wird. (44f.)

Judentum und Christentum treten heute, eng in der westlichen Zivilisation miteinander verbunden, auf. Die neuen Barbaren auf der Gegenseite sind im globalen Osten und Süden der Islam, die Migranten, in Israel die Palästinenser, die pauschal für Terrorismus haftbar gemacht werden.

Der palästinensisch-lutherische Theologe und Aktivist Mitri Raheb, Pfarrer in Bethlehem, schreibt dazu: „Eine der Aufgaben jedweder imperialer Besatzerideologie ist es, den Konflikt als einen zwischen einem `zivilisierten

Volk` – vertreten durch das Imperium selber – und den Barbaren darzustellen, die nicht nur für das Imperium, sondern für die Menschheit insgesamt eine Gefahr bedeuten. Die Fortsetzung der Unterdrückung wird als Dienst des Imperiums an der Menschheit, an der Zivilisation und an ihrem Fortschritt verkauft.²¹“

Es ist absolut unabdingbar, dass christliche Kirchen ihre Schuld gegenüber den Juden klar benennen und prinzipiell bekennen. (47)

Jedoch: Der Protestantismus kann nicht Buße tun für die Sünde des Anti-Judaismus, indem er sie ersetzt durch die neue Sünde des Anti-Islamismus, oder diesen Austausch ignoriert und damit stillschweigend in Kauf nimmt. Das betrifft auch den Konflikt zwischen Israel und Palästina. So unerlässlich und befreiend die Rückbindung des „Christlichen“ an seine jüdischen Wurzeln ist, und damit auch an Paulus selbst: Wenn im Namen eines neu begründeten jüdisch-christlichen Okzidents nun die Palästinenser zum antithetischen „Orient“ werden, entweder pauschal des „islamischen“ Terrorismus bezichtigt oder abgewertet als Bewohner eines „Niemandlandes“ ohne Recht auf das Stück Erde, das sie seit biblischen Zeiten bewohnt haben, dann folgt dies einem ähnlichen Muster wie die jahrtausendealte Vertreibung, Ghettoisierung und Diffamierung der Juden als Brunnenvergifter und Christusmörder. ... Nicht das Aussprechen, sondern das Verschweigen dieser Wahrheit ist „anti-jüdisch“, weil es flagrante Ungerechtigkeit rechtfertigt, Israels Überleben gefährdet und mit vertauschten Rollen in der tödlichen Binaritätsfalle des imperial-okzidental Konstantinismus gefangen bleibt. (48f.)

²¹ Mitri Raheb: Glaube unter imperialer Macht. Eine palästinensische Theologie der Hoffnung, Gütersloh 2014, S. 193.



Was bedeuten die ökonomischen Beziehungen zwischen Europa und Israel für die Besatzung?

Von Dr. Shir Hever²²

Hever teilt die sieben Jahrzehnte der staatlichen Existenz Israels in fünf Zeitabschnitte ein. Dabei will er nicht die politischen Entwicklungen kontinuierlich nachzeichnen, sondern Eckpunkte für die wirtschaftlichen Beziehungen Israels mit Deutschland und Europa angeben.

1.

Die Zeit zwischen 1948 bis 1967: Konsolidierung
Im israelischen Kolonialkrieg von 1956²³ hat sich Israel auf die Seite der Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich geschlagen, statt sich mit den antikolonialen Kräften zu verbünden. Dieses Vorgehen entsprach bereits der langfristigen Strategie der zionistischen Regierungen Israels für die folgenden Jahre. Die Beziehungen zwischen Israel und Westdeutschland nahmen ihren Anfang in Form von Rüstungsgeschäften – und dies noch bevor diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Auch im Blick auf den nichtmilitärischen Handel war Europa – und ist es bis heute – der wichtigste Handelspartner für Israel. Das ist Ausdruck der Entscheidung der israelischen Regierung, sich vom Mittleren Osten abzukoppeln und sich als Teil Europas oder als Enklave Europas im Mittleren Osten zu betrachten.

2.

Die Zeit von 1967 bis 1992: Besatzungsmacht²⁴
Ab 1973 wurden die Vereinigten Staaten zum wichtigsten Lieferanten von Rüstungsgütern für Israel. ... Der Waffenhandel mit Westdeutschland blieb nichtsdestotrotz bedeutsam. Hierbei kam der westdeutschen Regierung entgegen, dass Israel Rüstungslieferungen gegenüber

Reparationszahlungen bevorzugte. Während des Kalten Krieges verfolgten die europäischen Staaten gegenüber Israel eine Politik, die offiziell gegen die Besatzung gerichtet war, praktisch aber weder etwas für noch gegen die Besatzung unternahm. ... Israel verstand diese indifferente Politik der „sauberen Hand“ als Freischein dafür, die eigene Politik nach Belieben zu gestalten.

3.

Die Zeit zwischen 1993 und 2000: Oslo-Prozess²⁵
Europa wurde fortan zum größten Geldgeber der besetzten Gebiete. ... Zwischen 1994 und 2000 wurden 7 Milliarden US-Dollar für Entwicklungshilfe aufgebracht. Der Großteil kam von der Europäischen Union.

Dabei handelte es sich nicht um ein selbstloses Geschenk für Palästina, sondern die Entwicklungshilfe war Teil einer europäischen Strategie:

Die europäischen Regierungen waren nämlich nicht bereit, politischen Druck auf Israel auszuüben. Dies war sozusagen eine Strategie des „Zuckerbrots ohne Peitsche“. Die ökonomische Unterstützung für beide Partner machte es für Israel leichter, die Besatzung zu finanzieren. ... Hilfsorganisationen [wären] von Israel gestoppt worden, wenn die Europäer ihre Hilfslieferungen nicht von israelischen Firmen gekauft hätten. Zweitens, und dies ist viel gravierender, hinderte dies die Palästinenser daran, für ihre eigene Versorgung zu produzieren und diese zu organisieren.

4.

Die Zeit von 2000 bis 2006: Zweite Intifada²⁶
Infolge der Absperrung aller palästinensischen Städte und Dörfer kam der Binnenmarkt in den palästinensischen Gebieten zum Erliegen. Die Hilfsorganisationen ... wandelten ihre Entwicklungshilfe in humanitäre Hilfe um. Das

²² Der Autor ist Israeli, Ökonom und wissenschaftlicher Mitarbeiter des israelisch-palästinensischen „Alternative Information Center“ in Jerusalem und Beit Sahour. Zur Zeit absolviert er ein Aufbaustudium in Deutschland. Die in seinem Beitrag angeführten Fakten und Argumente untermauern die in den vorangegangenen Artikeln angesprochenen theologischen Aspekte aus Sicht des Ökonomen.

²³ Überfall von Großbritannien, Frankreich und Israel auf Ägypten als Reaktion auf die Verstaatlichung des Suezkanals unter der Regierung von Gamal Abdel Nasser.

²⁴ In einem Präventivkrieg im Juni 1967, dem sogenannten 6-Tage-Krieg, eroberte Israel das bis dahin von Jordanien besetzte Westjordanland und Ostjerusalem, den ägyptisch kontrollierten Gazastreifen und syrisches Territorium in den Golanhöhen. Es unterwarf diese Gebiete einem militärischen Besatzungsregime, das bis heute anhält.

²⁵ Das ursprünglich in Oslo ausgehandelte Vertragswerk ist Grundlage für die Teilung der besetzten Gebiete in Zonen mit unterschiedlicher Kontrolle durch die israelische Armee und für die Schaffung einer palästinensischen Autonomiebehörde für Teile der Westbank.

²⁶ Nachdem der Oslo-Prozess die Lage der Palästinenser nicht verbesserte, sondern verschlimmerte, kam es zum zweiten Aufstand – arabisch Al-Aqsa-Intifada –, der fünf Jahre anhielt.

entsprach genau dem, was die israelische Regierung wollte. Der Großteil der humanitären Hilfe für die Palästinenser stellte so eine Hilfe für die israelische Wirtschaft dar.

5.

Die Zeit ab 2007 bis heute:

Spaltung zwischen PLO und Hamas²⁷

Die fortgesetzte Unterstützung der israelischen Politik durch Deutschland wird in Israel noch immer als Blankoscheck angesehen. Im Jahre 2014 beliefen sich die an die israelische Regierung gezahlten Reparationsleistungen für Holocaustopfer auf mehr als 700 Millionen US-Dollar, und damit auf das Siebenfache der Hilfe an die palästinensischen Gebiete, die 2014 100 Millionen Euro betrugen. 2015 war Israel zweitgrößter Kunde deutscher Rüstungsgüter mit Lieferungen in Höhe von 313 Millionen US-Dollar.

²⁷ Die PLO – Palästinensische Befreiungsorganisation – ist eine Zusammenschluss von Organisationen, unter denen die Fatah die größte ist. Sie ist per UNO-Beschluss als alleinige Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt. Die Hamas ist nicht Mitglied der PLO. Sie entstand in Gaza, hat inzwischen aber auch Unterstützung im Westjordanland. Sie wird von vielen Regierungen als Terrororganisation bezeichnet.

Anhang: Wichtige Geschichtsdaten zum Konflikt Palästina – Israel

19. Jahrhundert

Der Zionismus ist älter als die zionistische Bewegung. Die Sehnsucht der Juden in der Diaspora nach dem Zion, nach Jerusalem, nach dem Land am Jordan, trägt weitgehend messianischen Charakter, d.h. sie ist auf Endzeit, auf Erfüllung des Menschseins gerichtet. Aber anders als im Christentum oder Islam ist diese Hoffnung nicht ins Jenseits verlagert, sondern sehr diesseitig bis hin zu irdischer Geografie. Genährt wurde die Hoffnung vor allem durch die wechselnden Erfahrungen von Feindseligkeit und Verfolgung. Als der Wille zur Nationwerdung in Europa Blütezeit hatte und als vor allem im zaristischen Russland die Zahl der Pogrome Millionen in die Flucht trieb, lag der Gedanke an einen jüdischen Nationalstaat als Fluchtpunkt nahe. Er war mit verschiedenen Inhalten gefüllt, meist säkular, mitunter auch sozialistisch, seltener im eigentlichen Sinne religiös. Seitens des orthodoxen Judentums wurde er (und wird er bis heute) strikt abgelehnt.

1897

Die Gründung des „Zionistischen Weltkongresses“ in Basel geht auf die Initiative von Theodor Herzl (1860-1904) zurück, dessen Roman „Der Judenstaat“ auf dem Hintergrund der Pogrome im Zarenreich und der Dreyfuß-Affäre in Frankreich eine Signalwirkung ausübte. Das „Baseler Programm“ sah eine Besiedlung Palästinas und die „Stärkung des jüdischen Volksgefühls“ vor. Es folgten jährliche Treffen des zionistischen Weltkongresses.

1914–1918

Der Erste Weltkrieg führte zu Niederlage und Zerfall des osmanischen Reiches, zu dem Palästina bis dahin gehörte. Die Entente-Mächte Frankreich und Großbritannien hatten sich im geheimen Sykes-Picot-Abkommen bereits 1916 geeinigt, die arabischen Gebiete unter sich aufzuteilen. Die britische Regierung hatte außerdem zwei arabischen Königshäusern, den Haschemiten und den Saudis, die Herrschaft über ein künftiges unabhängiges Arabien versprochen.

1917

Chaim Weizmann erwirkte beim britischen Außenminister Lord Balfour die verbindliche Erklärung, die Errichtung einer „Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ durch Großbritannien zu unterstützen. Seitdem verstärkte sich die jüdische Einwanderung nach Palästina, die seitens des Weltkongresses mit Hilfe der „Jewish Agency“ stimuliert und organisiert wurde, sowie der Ankauf von Bodenflächen in Palästina durch den „Jüdischen Nationalfonds“.

1921

Zum Schutz der jüdischen Einwanderer wurde eine im Untergrund operierende paramilitärische Organisation, die „Haganah“, gegründet. Als Abspaltungen entstanden 1931 die „Irgun“ und 1941 die „Lechi“, die beide militant und unter Einschluss terroristischer Methoden sowohl gegen Araber als auch gegen Briten vorgingen.

1922

Der 1920 gegründete Völkerbund übertrug Großbritannien unter Berufung auf die „Balfour-Erklärung“ das Mandat über Palästina mit dem Auftrag, das Land in die Unabhängigkeit zu führen.

1929

In den 20er Jahren kam es wiederholt zu spontanen palästinensischen Aktionen des Widerstandes sowohl gegen die massive jüdische Einwanderung aus Europa – nicht gegen die eingesessene jüdische Bevölkerung – als auch gegen das britische Militär. Bei einem Pogrom in Hebron 1929 wurden 67 Juden umgebracht.

1936

Das „Arabische Hohe Komitee“ entstand unter Vorsitz von Amin Al-Husseini, einem begüterten Jerusalemer Nationalisten, der von den Briten protegiert und zum Mufti von Jerusalem befördert wurde, während des Zweiten Weltkrieges jedoch mit den deutschen Faschisten kollaborierte und nach Deutschland emigrierte.

1936–1939

Mit einem Generalstreik begann eine arabische Aufstandsbewegung, die vom britischen Militär blutig unterdrückt wurde und mehr als 6.000 Todesopfer forderte.

1937

Eine britische Kommission unter Leitung von Lord Peel legte einen Plan für eine Teilung Palästinas in zwei Staaten vor, die ethisch homogenisiert werden sollten, allerdings zu Lasten der Umsiedlung mehrheitlich der Araber. Die arabische Seite lehnte ab, und nach anfänglicher Zustimmung auch die Zionisten.

1939

Angesichts der drohenden Kriegsgefahr beschloss die britische Regierung ein Weißbuch, das einen einheitlichen Staat vorsah mit einer zwischen Juden und Arabern ausgewogenen Führung sowie eine Begrenzung der jüdischen Zuwanderung und des Landerwerbs durch den jüdischen Nationalfonds.

1945–1947

Die Zuwanderungsbeschränkung des Weißbuches behielt nach Kriegsende Gültigkeit, wurde aber von jüdischen Geheimorganisationen (Aganah, Mossad, Le-Alija Bet) systematisch unterlaufen; über die Balkanroute bzw. das Mittelmeer wurden riskante Schleusungsaktionen unter Verlust von Menschenleben organisiert. Bei einem Bombenanschlag der Irgun auf das britische Hauptquartier in Jerusalem im King-David-Hotel starben über 100 Menschen. Die Lage geriet außer Kontrolle.

1947

Großbritannien brachte die Palästinafrage vor die Vereinten Nationen. Die UN-Vollversammlung beschloss im November mit Mehrheit die Teilung Palästinas, die Schaffung eines jüdischen und eines palästinensischen Staates und ein internationales Regime für Jerusalem (Resolution 181). Die arabischen UN-Mitglieder stimmten gegen die Resolution; auch die Palästinenser lehnten sie ab.

1948

Am 14. Mai erklärte Ben Gurion, Leiter der Jewish Agency, die israelische Staatsgründung.

Bereits im Vorfeld wie auch in den sich anschließenden Kämpfen wurden arabische Einwohner zur Flucht getrieben. Das Massaker von Deir Yassin im April 1948, bei dem ca. 100 Einwohner des Dorfes getötet wurden, war eine von zahlreichen terroristischen Aktionen zionistischer Untergrundorganisationen (Irgun und Lechi). Von den arabischen Einwohnern Palästinas werden diese traumatischen Vorgänge als „Nakba“, Katastrophe, erinnert. Die Zahl der Flüchtlinge wird auf 750.000 geschätzt. Zwischen 400 und 500 Dörfer wurden ganz oder weitgehend zerstört.

1948–1949

Der erste arabisch-israelische Krieg begann unmittelbar nach der Staatsgründung mit dem Einmarsch ägyptischer, (trans)jordanischer und syrischer Truppen, unterstützt von Hilfskontingenten aus dem Irak und Libanon. Die arabische Allianz erlitt eine schwere Niederlage. Israel erweiterte sein Gebiet um ein Drittel auf 78 % des Gesamtterritoriums. In Waffenstillstandsvereinbarungen (1949) wurde die Demarkationslinie („grüne Linie“) zwischen Israel und dem von Jordanien besetzten Westjordanland sowie zwischen dem israelisch und dem jordanisch besetzten West- bzw. Ostteil von Jerusalem völkerrechtlich verbindlich festgelegt. Der Gazastreifen kam unter ägyptische Verwaltung.

1956

Israel beteiligte sich an dem Krieg, den Großbritannien und Frankreich gegen Ägypten als Straffaktion für die Verstaatlichung des Suezkanals führten.

1964

Auf Initiative des ägyptischen Präsidenten Nasser wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) in Jerusalem gegründet. Vorsitzender war von 1969 bis 2004 Yassir Arafat, seitdem ist es Mahmud Abbas. 1974 wurde die PLO von der UNO als alleinige Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt.

1967

Im Sechs-Tage-Krieg besetzte Israel die Westbank, Ostjerusalem, den Gazastreifen sowie die ägyptische Sinaihalbinsel und die syrischen Golanhöhen. Kurz darauf begannen die ersten Besiedlungen der besetzten Gebiete durch Bürger Israels. Ostjerusalem, territorial erheblich ausgeweitet, wurde 1980 durch Israel annektiert, ein Schritt, der international bis heute nicht anerkannt ist. Die Westbank ist seit 1967 einem restriktiven militärischen Besatzungsregime unterworfen. Der UN-Sicherheitsrat forderte den Rückzug Israels auf die Grenze von vor Juni 1967.

1973

Im Oktoberkrieg (Jom-Kippur-Krieg) griffen Syrien und Ägypten Israel an, um ihre von Israel besetzten Gebiete zurückzuerobern. Nach anfänglichen Verlusten war Israel am Ende militärisch siegreich. Dennoch wirkte sich der Krieg für Ägypten politisch als Erfolg aus und ebnete den Weg für Friedensverhandlungen.

1978–1979

Unter US-amerikanischer Vermittlung (Carter) schlossen Ägypten (Sadat) und Israel (Begin) das Camp-David-Abkommen, dem 1979 ein Friedensvertrag folgte und (bis 1982) der Rückzug der israelischen Armee vom Sinai.

1982

Israels Militär fiel im Libanon ein und drang bis Beirut vor, wo sich das Hauptquartier der PLO befand. Unter den Augen der israelischen Armee verübten verbündete rechte libanesische Milizen ein Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila, bei dem zwischen 800 und 1.500 Menschen getötet wurden. Die PLO verlegte ihre Zentrale nach Tunis. Israel hielt bis ins Jahr 2000 Teile des Libanon besetzt.

1987

Die erste Intifada, der Aufstand der Steine werfenden Jugendlichen, begann in Gaza und weitete sich auf das Westjordanland aus.

Nachdem die PLO 1988 die UNO-Resolutionen 181 und 242 und damit Israel als souveränen Staat offiziell anerkannt hatte, verhandelten in Madrid erstmals arabische Staaten, die PLO und Israel miteinander.

1991

Im Oslo-Abkommen erkannten Israel und die PLO einander an. Verabredet wurde die Autonomie Palästinas unter Leitung einer Autonomiebehörde für eine Übergangszeit von fünf Jahren, während derer das israelische Militär sich schrittweise aus dem Westjordanland zurückziehen sollte.

Als entscheidende Streitpunkte blieben der Grenzverlauf, Jerusalem, die Flüchtlingsfrage und die der Siedlungen offen.

1993

In Hebron erschoss ein militanter Siedler in der Moschee 29 betende Palästinenser.

In Verhandlungen zwischen Israel und der PLO wurden mehrere Einzelabkommen unterzeichnet, so auch über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zwischen Israel und Jordanien wurde ein Friedensvertrag geschlossen.

Unterdessen wurden Siedlungstätigkeiten unvermindert fortgesetzt.

1995

In Taba, Ägypten, wurde das Oslo II-Abkommen abgeschlossen. Es sah den Rückzug der israelischen Armee aus acht Städten und die volle Souveränität der Autonomiebehörde über diese vor – Zone A. Für Hebron wurde eine Sonderregelung vereinbart. In einer Zone B blieb die Armee, nur die zivile Verwaltung wurde der Autonomiebehörde überlassen. In Zone C, ca. 60 % des Westjordanlandes, behielt sich Israel die Kontrolle über alle militärischen und zivilen Angelegenheiten vor. Außerdem wurden verschiedene Bereiche der Zusammenarbeit vereinbart, u.a. auch in Sicherheits- und Polizeiangelegenheiten.

Kurz nach der Unterzeichnung von Oslo II wurde der israelische Ministerpräsident, Yitzhak Rabin, Opfer eines Attentats, verübt durch nationalistische

sche jüdische Gegner einer israelisch-palästinensischen Verständigung.

2000

Die Palästinenser sahen ihre Hoffnung auf Unabhängigkeit bitter enttäuscht. Die vereinbarten Termine verstrichen ergebnislos. Der provozierende Auftritt des Vorsitzenden der israelischen Likud-Partei, Sharon, auf dem Tempelberg in Jerusalem löste erneut einen Aufstand aus, die zweite Intifada, die sich zu einer militärischen Auseinandersetzung entwickelt. Selbstmordattentate auf der einen und gezielte Tötungen auf der anderen Seite fachten immer wieder die Kämpfe an.

2002

Der arabische Friedensplan von Beirut bot Israel die diplomatische Anerkennung seitens aller arabischen Staaten an, gegen die Anerkennung Palästinas als Staat durch Israel sowie die Zustimmung zum grundsätzlichen Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge. Israel lehnte ab und erklärte das Oslo-Abkommen für gescheitert.

Seitens Israels wurde mit dem Bau einer Sperranlage, der sog. Mauer, begonnen, die Gebietsteile des Westjordanlandes dem israelischen Territorium zuschlägt und die Einwohner beider Seiten voneinander isoliert. Die Anlage wurde 2004 vom Internationalen Gerichtshof als völkerrechtswidrig verurteilt.

2003

Das sogenannte Nah-Ost-Quartett aus UNO, EU, USA und Russland legte einen Fahrplan (road map) vor, der auf einer Zwei-Staaten-Lösung basiert. Entscheidende Konfliktpunkte wie Grenzverlauf, Siedlungen, Jerusalem und Flüchtlinge, blieben offen; weder Termine noch vorgesehene Maßnahmen wurden eingehalten.

2005

Israel räumte den Gazastreifen und verhängte über ihn eine Blockade. Die palästinensische militante Organisation Hamas beschoss von dort israelisches Territorium wiederholt mit Qassam-Raketen. Israel

führte mehrere militärische Operationen gegen den Gazastreifen mit hohen Verlusten unter der Zivilbevölkerung durch (2008/9, 2012, 2014).

2012

Die UN-Vollversammlung anerkannte Palästina mit großer Mehrheit als Staat, der im Beobachterstatus geführt wird.

Zentrale Daten zur Beziehung Bundesrepublik Deutschland – Israel

Die US-amerikanische Besatzungsmacht regte im Rahmen ihres „Umerziehungsprogramms“ die Gründung lokaler Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit an: 1948 in München, Wiesbaden, Stuttgart, 1949 in Frankfurt/M, Berlin. Als Dachverband entstand der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der bis in die Gegenwart tätig ist, die Arbeit von über 80 lokalen Gesellschaften koordiniert und Träger der jährlichen „Woche der Brüderlichkeit“ ist.

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, 1949 unter Bundeskanzler und Außenminister Konrad Adenauer, begannen 1951 erste Verhandlungen mit Israel, unter Ministerpräsident Ben-Gurion, sowie der Jewish Claims Conference, die kollektiv jüdische Shoa-Geschädigte vertritt. Im Ergebnis wurde 1952 das Luxembourg-Abkommen unterzeichnet, nach dem die BRD sich verpflichtete, an die beiden Vertragspartner Zahlungen in Höhe von 3,45 Mrd. DM zu leisten, gestreckt in 12 Jahresraten und zum großen Teil in Warenlieferungen zu erbringen. In einer Veröffentlichung der Bundesanstalt für politische Bildung heißt es: *Die deutschen Lieferungen „waren grundlegend für die Entwicklung und Modernisierung der israelischen Wirtschaft und Infrastruktur; sie dienten auch der Eingliederung von etwa 1,5 Mill. Einwanderinnen und Einwanderern. ... Nach der Barbarei der NS-Zeit signalisierte die Vereinbarung aller Welt einen Neuanfang, der der Rehabilitierung Deutschlands den Weg bereiten sollte.“*²⁸ In einer Analyse aus den USA heißt es: *„Konrad Adenauer verfolgte eine Außenpolitik, die auf der Überzeugung beruhte, dass die Rechtmäßigkeit des jungen deutschen Staates weitgehend von seiner Bereitschaft abhing, für die Gräueltaten des Nazi-Regimes von Adolf Hitler Buße zu tun.“*²⁹

Sowohl in der Knesset als auch im Bundestag gab es heftigen Widerstand gegen das Luxembourg-

Abkommen. Israel war jedoch auf den Geldzufluss dringend angewiesen, um einer Zahlungsunfähigkeit entgegenzuwirken. In der BRD gelang die Ratifizierung des Vertrages 1953 trotz Gegenstimmen in der regierenden CDU letztlich deshalb, weil Teile der oppositionellen SPD dafür stimmten. Das Luxembourg-Abkommen steht eng in Zusammenhang mit dem daraufhin ebenfalls 1953 erfolgreich zum Abschluss gebrachten Londoner Schuldenabkommen, mit dem die Westmächte gegenüber der BRD einen Erlass von etwa der Hälfte der anstehenden Schulden erklärten (ca. 15 Mrd. DM).

1957 forderte Ben-Gurion erstmals die BRD auf, Israel diplomatisch anzuerkennen. Die BRD war dazu nicht bereit, weil das die diplomatische Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten zur Folge gehabt hätte. Mit der „Hallstein-Doktrin“ hatte sich die Bundesregierung darauf festgelegt, keine Beziehungen zu Ländern zu unterhalten, die die DDR politisch anerkannten. Die westdeutsche Wirtschaft war auf die Öllieferungen aus den arabischen Ländern angewiesen. Als Ersatz für die verweigerte Anerkennung Israels begann die BRD-Regierung 1957 Geheimverhandlungen über eine militärische Zusammenarbeit mit Israel („Panzer statt Diplomaten“). Erst als diese 1964 durch Presseberichte öffentlich gemacht wurden, stimmte die Bundesregierung dem Botschafteraustausch zu. Im arabisch-israelischen Konflikt erklärte sie gleichzeitig strikte Neutralität.

Die militärische Zusammenarbeit wurde fortgesetzt. Dazu schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung: *„Häufig erfolgte die rüstungspolitische Kooperation über die jeweiligen Auslandsgeheimdienste. Dabei entwickelte sich eine Praxis, die bis heute anhält. Die Lieferungen deutscher Rüstungsgüter an Israel werden zu einem hohen Anteil, zum Teil sogar vollständig von der Bundesrepublik bezahlt. ... Eine breitere Öffentlichkeit nahm diese Kooperation erst wahr, als Bundeskanzler Helmut Kohl 1991 entschied, dass Deutschland sechs U-Boote an Israel liefern würde. ... Hintergrund dieser Entscheidung war, dass Israel angesichts*

²⁸ <http://www.bpb.de/25044/40-jahre-deutsch-israelische-beziehungen?p=all>.

²⁹ Congressional Research Service, P. Belkin 2007.

seiner geringen Größe durch einen erfolgreichen Nuklearangriff faktisch ausgelöscht werden könnte. Die von Deutschland gelieferten U-Boote gewährleisteten die israelische Zweitschlagfähigkeit. ... Daneben sind andere, im Umfang kleinere Lieferungen getreten, sodass hinter den USA die Bundesrepublik mit einem Marktanteil von etwa 17 Prozent der zweitgrößte Lieferant Israels für Rüstungsgüter geworden ist.“³⁰

Bundeskanzler Schröder sagte im Bundestag 2002: „Ich will ganz unmissverständlich sagen: Israel bekommt das, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht, und es bekommt es dann, wenn es gebraucht wird.“³¹ Rudolf Dreßler schrieb als deutscher Botschafter in Israel: „Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsräson.“³² Bundeskanzlerin Merkel wiederholte in ähnlicher Wortwahl bei ihrem Auftritt in der Knesset anlässlich der ersten deutsch-israelischen Regierungskonsultation, 2008: „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“³³

30 <http://www.bpb.de/apuz/199894/israels-sicherheit-als-deutsche-staatsraeson?p=all#footnode5-5>.

31 Plenarprotokoll vom 25.4.2002, S. 23115.

32 APuZ, (2005) 15, S. 8.

33 Rede vor der Knesset am 15.3.2008.

Kurze Einführung zum christlich-jüdischen Dialog

*Nach-Holocaust-Theologie*³⁴

Der Sache nach – und in gewissem Sinne auch in der Chronologie – ist der christlich-jüdische Dialog eine Folge aus dem Bemühen, den Holocaust theologisch zu reflektieren. In erster Linie waren es jüdische, dann aber auch christliche Theologen, die sich der aus dem Holocaust resultierenden Krise des Glaubens stellen wollten und um seine Deutung rangen. Sie waren von der Unausweichlichkeit einer radikalen theologischen Wende überzeugt. Der katholische Theologe Johann Baptist Metz brachte das mit dem Satz auf den Punkt: „Seid auf der Hut vor Leuten, deren Theologie vor und nach Auschwitz dieselbe ist“.

Dabei spielte die Charakterisierung des Genozids, für den „Auschwitz“ zur Metapher wurde, als einmalig und unvergleichbar mit jedem anderen Völkermord eine zentrale Rolle. Ausschlaggebend dafür waren zwei Komponenten: Einerseits die industriemäßige Tötungstechnologie und -administration des millionenfachen Mordens, und andererseits die religiöse Dimension, die mit dem Versuch gegeben war, Israel als das Ur-Volk des monotheistischen Gottesglaubens zu vernichten. Der kulturelle Begriff „Holocaust“ (Ganzopfer) betonte ursprünglich diese religiöse Seite des Geschehens.

Juden und Christen sind sehr unterschiedlich betroffen, als Opfer die einen und als Täter die anderen. Aber eine fundamentale Infragestellung ihres Glaubens erlebten beide. Entsprechend waren die Antworten nicht gegensätzlich. Die alte Frage nach dem Warum des Leidens – die Theodizee-Frage – erhielt erneut eine dringliche Aktualität. Es schien unmöglich, an einer das Leiden beschönigenden Vorstellung von der Allgegenwart, Allmächtigkeit und Allgüte Gottes festzuhalten. Die Rede von der Abwesenheit Gottes, bisher eher der Religionskritik

zugehörig, fand Eingang in theologische Sprache. Gott stehe nicht „über“ dem Leiden, sondern er sei „Mit“-Leidender. Dass Gott in Auschwitz ermordet worden sei, gehört zu den Sätzen, die hart an der Grenze des theologisch Sagbaren liegen oder diese bereits verschob. Kein Wunder, dass es Stimmen gibt, die Schweigen für die am meisten angemessene Konsequenz halten.

Es fehlten auch nicht die Stimmen, die mit Nachdruck daran erinnerten, dass der Holocaust nicht nur den Juden galt. Auschwitz war eines von vielen Vernichtungslagern. Die Massenmorde unter den als minderwertig gekennzeichneten Völkern und Gruppen nahmen Ausmaße an, die, unabhängig von der den Juden zuerkannten Würde als „Gottesvolk“, die Idee des die Geschehnisse der Menschheit leitenden Gottes in Frage stellten.

Schuld des Antijudaismus

Eine besondere Herausforderung für die christliche Theologie stellt die Einsicht dar, dass der Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts mit dem Tiefpunkt in der Nazi-Ideologie nicht ohne den christlichen Antijudaismus zu denken ist. Dieser reicht weit in die Kirchengeschichte zurück. Seine Anfänge liegen bereits in neutestamentlicher Zeit, als politische Konstellationen eine Abgrenzung der messianischen Gemeinden von der jüdischen Mutterreligion erforderten. Im Folgenden sind die Wandlung von der verfolgten Gemeinde zur Staatskirche, die Zwangstaufen in eroberten Ländern, die Kreuzzüge des Mittelalters, die Obrigkeitsbindung der Reformationszeit und die Koloniallastigkeit der Missionsgeschichte unübersehbare Markierungen einer Gewaltgeschichte des Christentums. Der Antijudaismus zieht sich wie ein roter Faden durch diese Entwicklung, die sehr viel mit politischen und ökonomischen Verhältnissen zu tun hat, aber zugleich auch den Kern christlichen Selbstverständnisses betrifft. Denn die christliche Lehre bezieht ihren Anspruch auf Wahrheit zum guten Teil aus der behaupteten Nicht-Wahrheit des jüdischen Glaubens, nämlich seiner Blindheit für die Messianität Jesu. Die Identität als neues

³⁴ Diese Übersicht will keine gründliche Darstellung des weit verzweigten christlich-jüdischen Dialogs und erst recht keine kritische Auseinandersetzung mit seinen Themen sein. Weil die Autoren der vorstehenden Beiträge zum Teil darauf Bezug nehmen, erschien es uns hilfreich, für diejenigen LeserInnen, die damit nicht vertraut sind, das Feld inhaltlich abzustecken, in dem dieser Dialog stattfindet.

Gottesvolk setzt die Verwerfung des alten voraus. Das Neue Testament macht die hebräische Bibel zum Alten Testament und scheinbar zu einem Vorgänger-Buch von minderer Bedeutung. Der Glaube an den Messias Jesus gewinnt an Kraft durch den Hass auf seine vermeintlichen Mörder.

Der Holocaust-Schock hat solche Erkenntnisse befördert. Sie haben sich schrittweise und nicht ohne Widerstand in der akademischen Theologie, in den Gemeinden und Synoden durchgesetzt. Die Diskussion im Zusammenhang mit dem jüngsten Reformationsjubiläum um den Hass des gealterten Luther u.a. gegen Juden ließ erkennen, dass dieser Prozess noch im Gange ist.

Suche nach Buße

Schulderkenntnis schafft ein schlechtes Gewissen und dieses sucht, Buße zu tun. Dafür gab es verschiedene Optionen. Eine zeigt sich in dem Bemühen, das eigene Verhalten zu ändern: Im Religionsunterricht und in der Predigt wird heute kaum noch von den Juden als Gottes- oder Christusmördern die Rede sein. Die Vorstellung, dass die Kirche Israel als das Gottesvolk abgelöst hätte, gilt als Irrtum. Der Bund im Namen des Messias Jesus wird nicht mehr als Ersatz für den Gottesbund Israels verstanden. Die offensive Mission unter Juden wird weitgehend abgelehnt, weil sie voraussetzt, dass diesen der Weg zum Heil verschlossen wäre. All dies sind radikale Veränderungen der christlichen Lehrmeinung, die sich in den letzten Jahrzehnten aufgrund der bußfertigen Erkenntnis von Schuld vollzogen haben und noch vollziehen. Ähnliches trifft jenseits kirchlicher Lehre auch auf das gesellschaftliche Verhalten gegenüber Angehörigen des Judentums zu: Ihre Diffamierung gilt inzwischen als Verstoß gegen Grundgesetz, Menschenrechte und gute Sitte. In der öffentlichen Gedenkkultur unseres Landes spielt der Holocaust eine herausragende Rolle.

Die neue Sicht auf das Judentum war für Christen gleichzeitig Anlass zur Suche nach Kontakt oder gar Kooperation mit jüdischen Gemeinden und nach einem Dialog über theologische und ethische

Themen. Der christlich-jüdische Dialog wurde ein fester Bestandteil des kirchlichen Lebens im gesamten Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland. Dabei waren die Christen in aller Regel die Lernenden, denn die jüdischen Partner haben in der christlichen Mehrheitsgesellschaft gewöhnlich mehr Wissen über die Kirchen als umgekehrt. Viele Gruppen haben sich, manchmal in überschwänglichem Eifer, darum bemüht, Riten, Bräuche und die Weise der Schriftauslegung des rabbinisch geprägten Judentums der Gegenwart zu verstehen. Dort, wo aus Offenheit ein Imitieren oder Kopieren wurde, liegt die Gefahr der Vereinnahmung auf der Hand. Prophetische Stimmen innerhalb des Judentums, die die rabbinische Konvention in Frage stellen, werden in diesem Kontext meist überhört.

Israel und Israel – biblisches Volk und Nationalstaat

Der interreligiöse Dialog zwischen Christen und Juden geschieht allerdings nicht losgelöst von der politischen Wirklichkeit eines von der zionistischen Bewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts angestrebten und von der UNO nach den Schrecken des Holocaust völkerrechtlich gebilligten Nationalstaates. Er ist bei weitem nicht Heimat für alle Juden, und seine Gründung wurde gegen innerjüdischen Widerstand, der bis heute anhält, durchgesetzt. Aber die Mehrzahl der europäischen und nordamerikanischen Synagogen-Gemeinden fühlen sich in irgendeiner Weise dem Staat und seinen jüdischen Einwohnern verbunden. Sie neigen dazu, politisches Unrecht, das von Anbeginn an das Regierungshandeln des jungen Staates mitbestimmt hat, zu entschuldigen. Christliche Dialogpartner tun es ihnen häufig gleich, um die (neu) gewonnene Nähe nicht zu riskieren. „Ausgewogenheit“ erscheint oft wichtiger als klares Urteilen und Handeln. Heikle Themen, wie die Beendigung des Besatzungsregimes, die erwiesene Missachtung des Völkerrechtes durch den israelischen Staat und die diesbezüglich unmissverständliche Beschlusslage in der UNO sowie der Schutz der Rechte des palästinensischen Volkes unter israelischer Besatzung werden vielfach ausgeblendet.

Der moderne Staat beansprucht biblische Tradition als seinen Gründungsmythos. Durch die Wahl des biblischen Namens „Israel“ wird suggeriert, dass nicht nur das Recht der Staatsgründung, sondern auch die „Landnahme“ biblisch begründet sei. Als zeichenhaft versteht entsprechend auch die bußfertige Kirchentheologie in Deutschland den politischen Vorgang. Die religiöse Argumentation trat umso stärker in den Vordergrund, je kritischer die Haltung der Weltöffentlichkeit gegenüber politischen Entscheidungen des jungen Staates wurde. Denn nationalistische Kräfte in der israelischen Gesellschaft, zur Zeit auch in der Regierung, arbeiten beharrlich an der Verwirklichung expansionistischer Ziele weit über den UNO-Teilungsplan und das Waffenstillstandsabkommens von 1949 hinaus, z. B. durch intensive Siedlungstätigkeit jenseits der eigenen Grenzen. Sie setzen ihren Anspruch mit militärischer Gewalt durch. Das fordert den Widerstand der dort lebenden Palästinenser heraus und führte zu einem gewaltsamen Dauerkonflikt, allerdings mit einem stark asymmetrischen Machtverhältnis.

Die nach dem Holocaust unausweichlich nötige Neubestimmung des Verhältnisses von jüdischem und christlichem Glauben an den in der gemeinsamen Bibel bezeugten einen Gott rührt an zentrale christliche Lehrinhalte wie die Christologie, die Kirchenlehre und die Lehre von der Dreifaltigkeit. Es ist ein zutiefst ökumenisches, auf Gerechtigkeit und Frieden gerichtetes Unterfangen. Darin kommt zum Ausdruck, dass der Glaube an Gott nicht nur einen geistlichen Seelenzustand bezeichnet, sondern das Leben von Menschen und Völkern im Blick hat. D.h., dieser Glaube ist eine eminent politische Aufgabe. Wenn Juden, und die Christen mit ihnen, darauf beharren, dass der Bund zwischen Gott und Israel durch Gottes Treue über die Jahrtausende seine Gültigkeit behalten hat, liegt die Versuchung nahe, den im Zeichen dieses Bundes in Vorzeiten gewonnenen Lebensraum wieder einzunehmen, und sei es durch Eroberung. Ein biblisches Plazet scheint durch diverse Schriftstellen gegeben. Doch solche Schlussfolgerungen sind theologisch vielfach umstritten. Ihre Berechtigung wird umso

mehr bestritten, als sie im Widerspruch zu den von der Weltgemeinschaft als verbindlich anerkannten Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht stehen, die nach christlichem wie auch jüdischem Verständnis ebenfalls theologische Würde beanspruchen können.

Das ist der Kontext, in dem die Autoren der vorstehenden Aufsätze u.a. über den christlich-jüdischen Dialog nachdenken und sich die Frage stellen, wie echt die Buße der Christen, speziell im heutigen Deutschland, ist.

Nationale Koalition christlicher Organisationen in Palästina

Offener Brief an den Weltrat der Kirchen und an die ökumenische Bewegung

Lernt Gutes tun! Trachtet nach Recht, helft den Unterdrückten! (Jesaja 1,17)

Hintergrund

Wenn wir in diesem Monat in Bethlehem im besetzten Palästina zusammenkommen, leiden wir noch immer unter einem hundert Jahre währenden Unrecht und unter der Unterdrückung, die dem palästinensischen Volk seither zugefügt wurde. Alles begann mit der ungerechten und gesetzwidrigen Balfour-Deklaration und wurde dann intensiviert durch die Nakba und den Zustrom von Flüchtlingen; dem folgte die israelische Besetzung der Westbank einschließlich Jerusalems und des Gazastreifens, und danach wurde unser Volk und unser Land zerstückelt durch eine Politik der Isolierung und des Landraubes sowie durch den Bau von rein jüdischen Siedlungen und durch die Errichtung der Apartheid-Mauer.

Wir leiden also immer noch wegen einer einzigen politischen Deklaration eines westlichen Imperiums, einer Deklaration, die überdies auf einer unlauteren theologischen Prämisse basierte. Sogar einige Kirchen und einige christliche Führungspersonlichkeiten unterstützten die Errichtung eines Kolonialstaates in unserem Land und ignorierten dabei völlig, ja entmenslichten jene Nation, nämlich unser Volk, das schon seit Jahrhunderten hier gelebt hatte und nun den Preis für Gräueltaten, die in Europa begangen wurden, bezahlen musste.

Auch jetzt, hundert Jahre später, nachdem Tausende ihr Leben verloren haben, nachdem Städte und Dörfer ausradiert, wenn auch nicht aus unserem Gedächtnis gelöscht sind, nachdem Millionen fliehen mussten und tausende Wohnhäuser zerstört wurden und nach wie vor Gefangene in Haft gehalten werden, dauert unsere Nakba (Katastrophe) immer noch an.

Hundert Jahre sind vergangen – und noch immer

gibt es keine Gerechtigkeit in unserem Land! Diskriminierung und Ungleichheit, militärische Besetzung und systematische Unterdrückung sind die Regel. Heute befinden wir uns in einer Sackgasse und haben einen toten Punkt erreicht. Trotz aller Versprechungen, trotz endloser Gipfelkonferenzen, trotz UN-Resolutionen und trotz Aufrufen religiöser und weltlicher Führer sehnen sich die Palästinenser immer noch nach Freiheit und Unabhängigkeit und verlangen nach Gerechtigkeit und Gleichheit. Menschlich gesprochen haben wir, wie der emeritierte lateinische Patriarch Sabbah vor Kurzem sagte, „die Stunde des Unmöglichen“ erreicht.

Kann es sein, dass wir „diese Stunde des Unmöglichen“ deswegen erreicht haben, weil die Dinge von Anfang an – nämlich schon vor hundert Jahren – auf einer ungerechten Prämisse aufgebaut wurden? Können wir etwas anderes erwarten, als dass solch eine ungerechte Erklärung nichts anderes als Zwist und Zerstörung erzeugt?

Heute ist aber auch Gelegenheit, an den „Aufruf von Amman“ (Amman Call) vor zehn Jahren zu erinnern. Wir sind denen dankbar, die damals in „Solidarität, die keinen Aufwand scheut“, zu uns standen und für Wahrheit und Gerechtigkeit eintraten. Wir sind aber auch besorgt darüber, dass in den letzten zehn Jahren die reale Situation sich verschlechtert hat und immer noch schlimmer wird. Wie andere Initiativen, die sich für ein Ende der Besatzung einsetzen, hat auch der Aufruf von Amman seine Ziele, nämlich einen gerechten Frieden aufzubauen und zu gestalten, nicht erreicht, und wir müssen uns heute fragen – warum?

Was uns ebenso Sorge macht, ist Israels systematischer Angriff auf den kreativen palästinensischen Widerstand, aber auch auf unsere weltweiten Partner, die mit derselben Methode Israel dazu drängen, die Besatzung zu beenden. Viele neue Gesetze wurden in Israel und weltweit erlassen, um diesem kreativen und gewaltlosen Widerstand auf gesetzwidrige Weise entgegen zu wirken und alle Friedensbemühungen zu stoppen. Das ist nicht nur

ein Angriff auf die Gewissens- und Redefreiheit, sondern zugleich ein Angriff auf unser Recht und unsere Pflicht, dem Bösen mit Gutem zu widerstehen. Israel versucht jetzt sogar, Pilger am Besuch Bethlehems zu hindern. Bethlehem – die Stadt Immanuels!

Während wir dankbar sind für die „Solidarität, die keinen Aufwand scheut“, wie es im Aufruf von Amman formuliert wurde, und die von vielen Kirchen rings um den Globus praktiziert wird, sind wir besorgt darüber, dass einige Kirchen in den letzten zehn Jahren ihre Positionen infolge des manipulativen Drucks, der auf sie ausgeübt wurde, aufgeweicht haben. Viele verstecken sich noch immer hinter dem Deckmantel der politischen Neutralität, um ihre Partner im interreligiösen Dialog ja nicht zu kränken.

Zum Schluss sei betont: Wir kommen hier in der Region in einem Umfeld von Religionskriegen und religiöser Verfolgung zusammen. Religiöser Extremismus nimmt zu, und religiöse Minderheiten mussten bereits einen hohen und schmerzhaften Preis zahlen. Wir danken Euch für Eure Bemühungen um die Flüchtlinge und für Euer Bestreben, die Konflikte in unserer Region zu beenden. Ebenso danken wir Euch für Eure Unterstützung verfolgter Christen in Ländern wie Irak und Syrien.

Unser Aufruf

„Gott segnet, die hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden.“

(Matthäus 5,6)

„Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden; denn ihrer ist das Himmelreich. Selig seid ihr, wenn euch die Menschen schmähen und verfolgen und allerlei Böses gegen euch reden um meinetwillen.“

(Matthäus 5,10-11)

Nun, in dieser „Stunde des Unmöglichen“, sagen wir sehr ungern „Wir haben es Euch doch gesagt!“, bereits vor acht Jahren, als wir den damaligen

Zeitpunkt zu einem Kairos-Moment erklärten. Wir stehen vor dem Unmöglichen, aber wir haben dennoch die Hoffnung nicht aufgegeben, weil wir als Jünger des Auferstandenen ein Volk der Hoffnung sind. Aber wir brauchen Euch jetzt, und wir brauchen Euch mehr denn je. Wir brauchen Eure „Solidarität, die keinen Aufwand scheut“. Wir brauchen tapfere Frauen und Männer, die bereit sind, ganz vorne an der Front zu stehen. Dies ist nicht die Zeit für Christen der oberflächlichen Diplomatie. Wir bitten Euch dringend, unseren Ruf zu hören und Euch das Folgende zu Eigen zu machen:

1.

dass Ihr die Dinge so nennt, wie sie sind: Bezeichnet Israel als einen Apartheidstaat im Sinne des internationalen Rechts. Dies stimmt überein mit dem, was eine Persönlichkeit wie Desmond Tutu sagt und was die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien der Vereinten Nationen (UNESCWA) so ausdrückt: „Israel wird für schuldig befunden, ein Apartheid-Regime auf dem Rücken des palästinensischen Volkes zu errichten“. Uns beunruhigt die Tatsache, dass sowohl Staaten wie auch Kirchen mit Israel so umgehen, als wäre die Situation ganz normal, und dass sie dabei die Realität der Besatzung, die Diskriminierung und den täglichen Tod im Land außer Acht lassen. So wie die Kirchen sich einst vereinigt haben, um der Apartheid in Südafrika ein Ende zu bereiten – wobei der Weltrat der Kirchen eine mutige, entschieden prophetische und führende Rolle übernahm –, so erwarten wir heute von Euch dasselbe;

2.

dass Ihr die Balfour-Deklaration unmissverständlich als ungerecht verurteilt und vom Vereinigten Königreich verlangt, dass es das palästinensische Volk dafür um Entschuldigung bittet und für die Verluste entschädigt. Wir bitten die Kirchen und die Christen darum, die Palästinenser in ihrer Forderung nach Gerechtigkeit zu unterstützen. Immerhin war es diese infame Erklärung, die den Grundstein für das Konzept eines ethno-religiösen Staates legte. Und genau darunter leidet unsere Region heute;

3.

dass Ihr eine klare und theologisch eindeutige Haltung gegenüber jeder Theologie oder christlichen Gruppierung einnehmt, welche die Besatzung oder das Vorrecht einer Nation über die andere durch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk oder einen heiligen Bund rechtfertigt. Wir bitten Euch, dass Ihr die Theologie, die Euch durch das Kairos Palästina-Dokument nahegelegt wird, annehmt und lebt und dass Ihr Konferenzen organisiert, um das Bewusstsein dafür zu stärken;

4.

dass Ihr eine klare Haltung gegenüber religiösem Extremismus einnehmt und gegenüber jedem Versuch, in unserem Land oder unserer Region einen religiösen Staat zu errichten. Wir bitten Euch, uns in unserem Kampf gegen den Nährboden des Extremismus zu unterstützen und unseren Rat zu suchen, wenn Ihr selbst gegen religiösen Extremismus vorgeht, damit unser Ansehen hier nicht gefährdet oder beschädigt wird;

5.

dass Ihr auf Eure religiösen Dialogpartner erneut zugeht und sie damit herausfordert, dass Ihr Euch von der Partnerschaft wenn nötig zurückziehen könntet, falls zur Besatzung und zum Unrecht in Palästina und Israel keine eindeutige Position eingenommen wird;

6.

dass Ihr als Reaktion auf die jüngsten Versuche Israels Kampagnen organisiert, um leitenden Persönlichkeiten der Kirche und Pilgern zu ermöglichen, Bethlehem und andere palästinensische Städte auf unserer Seite der Mauer zu besuchen, und ihr dabei mit palästinensischen Tourismus- und Pilger-Agenturen zusammenarbeitet. Wir bitten Euch, dass Ihr Euch öffentlich dagegen wendet, wann immer Israel oder andere christliche Gruppen Pilger zu entmutigen versuchen, palästinensische Orte zu besuchen;

7.

dass Ihr unser Recht und unsere Pflicht verteidigt, kreativ und gewaltlos der Besatzung Widerstand entgegen zu setzen. Wir bitten, dass Ihr Euch für ökonomische Mittel zum Druck auf Israel ausspricht, damit es die Besatzung beendet, und dass Ihr auch den sportlichen, kulturellen und akademischen Austausch als Mittel benutzt, um Israel zur Einhaltung des internationalen Rechts und der UN-Resolutionen und damit zur Beendigung der Besatzung, der Apartheid und Diskriminierungen zu drängen und den Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat und auf ihr angestammtes Land zu ermöglichen. Dies ist unser letztes friedliches Mittel. Als Reaktion auf Israels Kampf gegen BDS bitten wir Euch darum, diese Maßnahmen zu intensivieren;

8.

dass Ihr zum Schutz palästinensischer Christen Lobby-Gruppen bildet. Wir bitten, dass Ihr öffentlich und in Übereinstimmung mit den Gesetzen diejenigen christlichen Organisationen zur Rechenschaft zieht, die unsere Arbeit und unsere Legitimität in Misskredit bringen;

9.

Wir schlagen deshalb als Angelegenheit von höchster Dringlichkeit vor, dass Ihr innerhalb des Weltrats der Kirchen ein strategisches Programm in Anlehnung an das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ kreiert, damit aktive Programme zur Förderung von Gerechtigkeit und Frieden in Palästina und Israel mit Nachdruck propagiert, unterstützt und entwickelt werden. Überdies schlagen wir vor, für die Aufrechterhaltung der Präsenz der palästinensischen Christen zu sorgen, und zwar durch Unterstützung ihrer Organisationen, ihrer kirchlichen Arbeit und ihrer friedlichen Anstrengungen.

Als treue Zeugen anerkennen, bekräftigen und verharren wir in der beständigen prophetischen Tradition, besonders derjenigen, die mit dem Aufruf von Amman begann und im Kairos Palästina-Dokument erneut artikuliert wurde. Wir sind uns völlig bewusst, welchem Druck führende kirchliche Persönlichkeiten hierzulande und im Ausland ausgesetzt sind, damit sie nicht die Wahrheit aussprechen. Aber genau deswegen schreiben wir diesen Aufruf.

Die Dinge sind mehr als dringend. Wir stehen am Rande eines katastrophalen Zusammenbruchs. Der gegenwärtige Status Quo ist unhaltbar. Dies könnte unsere letzte Chance sein, einen gerechten Frieden zu erreichen. Und dies könnte für die christliche Gemeinschaft in Palästina die letzte Möglichkeit sein, die Präsenz der Christen in diesem Land zu erhalten. Unsere einzige Hoffnung als Christen beruht auf der Tatsache, dass in Jerusalem, der Stadt Gottes, die auch unsere Stadt ist, sich ein leeres Grab befindet, und dass Jesus Christus, der über Sünde und Tod triumphiert, uns und der gesamten Menschheit neues Leben gebracht hat.

„Wir sind von allen Seiten bedrängt, aber wir ängstigen uns nicht. Uns ist bange, aber wir verzagen nicht. Wir leiden Verfolgung, aber wir werden nicht verlassen. Wir werden unterdrückt, aber wir kommen nicht um.“

(2. Kor. 4,8-9)

12. Juni 2017

[Übersetzung aus dem Englischen:
Dr. Sören Widmann & Irene Idarous]

Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen

Bericht des Ausschusses für Öffentliches Zeugnis

5. Palästina – eine dringende Glaubens- angelegenheit für die Weltgemeinschaft

69 Jahre sind nun seit der Schaffung des Staates Israel vergangen und die Generalversammlung (GV) kann ihre Verpflichtung zu Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit für die israelischen Menschen und den Staat bekräftigen. Die Schaffung des Staates Israel hatte eine bedeutende Folge: Den Verlust des Heimatlandes für das palästinensische Volk mit der Folge von 750.000 palästinensischen Flüchtlingen. Es ist nun auch 50 Jahre her, seit Israel 1967 die West Bank, Gaza und Ost-Jerusalem besetzt hat. Nun ist die Zeit gekommen, dass Israelis und Palästinenser in Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit neben einander leben.

In einem offenen Brief an die ökumenische Gemeinschaft, veröffentlicht am 21. Juni 2017, beschrieb die Nationale Koalition Christlicher Organisationen in Palästina die Situation als „am Rande des katastrophalen Zusammenbruchs“ und erklärte, dass dies die letzte Chance für die Erreichung eines gerechten Friedens sei ... und um die christliche Präsenz in diesem Land zu retten.“ Sie appellieren an die Weltkirche um aufwändige Solidarität mit ihnen, um ihre Unterdrückung zu beenden und Freiheit zu erlangen, durch Solidaritätsbesuche, durch eine kritische Überprüfung der Theologie, Wirtschaftshilfe und Unterstützung für Freiheit, um ihre Religion und ihre sozialen und politischen Rechte ausüben zu können.

Viele von uns haben mit eigenen Augen gesehen, mit eigenen Ohren von den schmerzvollen Realitäten des Lebens in Palästina gehört. Wir sind Zeugen der täglichen, zermürenden Demütigung von Frauen, Männern und Kindern; der zivilen Todesfälle, der Zerstörung von Häusern; des Entzugs von Wasserressourcen; der Isolation und ständigen Verkleinerung der palästinensischen Bevölkerung in Jerusalem; der strengen Beschränkungen der

Bewegungsfreiheit, von Bildung und Handel und des Zugangs zu heiligen Orten; die unrechtmäßige Praxis der Verwaltungshaft auch von Kindern; das Wegnehmen von Land durch den Bau von illegalen Siedlungen und eine auf palästinensischem Land gebaute Trennungsmauer. Palästinenser, die im Staat Israel leben, haben zwar die Pflichten der Staatsbürgerschaft, leiden aber unter Ungerechtigkeit durch diskriminierende Maßnahmen, was Wohnen, Arbeit und andere Bereiche betrifft.

Besonders die Neugestaltung Jerusalems gefährdet diesen historischen Ort und die miteinander geteilte Identität Jerusalems, was einen Teil der Heiligkeit ausmacht.

Wir bestätigen und bekennen, dass der christliche Glaube herangezogen wurde, um die Ungerechtigkeit gegen das palästinensische Volk zu rechtfertigen. Jegliches Heranziehen der Bibel zur Unterstützung von politischen Optionen und Positionen, die auf Ungerechtigkeit basieren, die von einem Menschen einem anderen zugefügt, oder von einem Volk einem anderen auferlegt werden, entziehen dem Wort Gottes seine Heiligkeit, seine Universalität und seine Wahrheit. Alle Leidenden sind vereint im Stöhnen des Heiligen Geistes nach der Befreiung aller Völker und deren Zusammenkommen in einer spirituellen Gemeinschaft. Die anhaltende Situation der Besatzung und die anhaltende Verweigerung der palästinensischen Rechte werfen einen Schatten auf Generationen von jüdischen Israelis, die die sozialen, psychologischen und spirituellen Lasten der Rolle der Besatzer tragen.

Die Generalversammlung

BESCHLUSS 55

1.

Bekräftigt, dass in Bezug auf die Situation der Ungerechtigkeit und des Leidens, die in Palästina existiert und des Schreis der palästinensischen christlichen Gemeinde, dass die Integrität von christlichem Glauben und Praxis auf dem Spiel steht;

2.

beauftragt den Generalsekretär, ein Programm zu initiieren:

- a. Um Studien und Material zu sammeln, die sich mit diesem Schrei der palästinensischen Menschen beschäftigen; um zu versuchen, den Konflikt zu verwandeln, um eine gerechte und friedliche Gesellschaft zu schaffen; und um dieses Material den Mitgliedskirchen zukommen zu lassen;
- b. Um Studien und Entscheidungsfindungsprozesse durchzuführen, wobei die Ressourcen von Mitgliedskirchen und ökumenischen Bewegungen herangezogen werden und die Theologie genau betrachtet wird, die angewandt wird, um die Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu legitimieren – im Bewusstsein, dass solch eine Studie in ein zwingendes prophetisches Handeln münden konnte;

3.

Beauftragt den Exekutivausschuss zusammen mit der Geschäftsstelle (vor Ende 2017) auf einen Brief der Nationalen Koalition Christlicher Organisationen in Palästina vom 21. Juni 2017 zu reagieren; darin wird aufgezeigt, welche Aktionen aufgenommen werden können, um auf ihren Schreinach großer Solidarität zu reagieren

(<https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/general-secretary/letters-received/open-letter-from-the-national-coalition-of-christian-organizations-in-palestine/>);

4.

Ermutigt Mitgliedskirchen, ihre Mission, Bildung und Investitionsbeziehungen mit Israel und Palästina im Lichte des Zeugnisses der palästinensischen Christen zu untersuchen und so zu reagieren, wie sie selbst die fundamentalen Verpflichtungen der reformierten Gemeinschaft gegenüber Menschenrechten und den Schutzbestimmungen des Völkerrechtes verstehen;

5.

Den Exekutivausschuss zu beauftragen, Delegationen zum Besuch dieser Region zu fördern und zu unterstützen (mit der praktischen Hilfe von Mitgliedskirchen), um mit der gegenwärtigen christlichen Gemeinde – den „lebendigen Steinen“ – im Heiligen Land Beziehungen aufzubauen, um ihre Situation zu bezeugen und Unterstützung für ihre Sehnsucht nach Freiheit und Selbstbestimmung zum Ausdruck zu bringen; und

6.

ermutigt den Exekutivausschuss, Wege zu finden, um Initiativen für Dialoge, zivilen Friedensdienst, Mediation, Konfliktprävention und Veränderungen zu stärken.

Quelle: Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen:

Beratungen der 26. Generalversammlung der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen; Leipzig, Deutschland; 29. Juni – 7. Juli; Hannover 2017, Seiten 20f. und 411f.



